



„Der arabische Frühling“

I. Beiträge zum Schwerpunktthema

<i>Clemens Ronnefeldt:</i>	Aufbrüche in der arabischen Welt	5
<i>Uri Avnery:</i>	Hurra für Ägypten!	18
<i>Christof Grosse:</i>	Pax Christi-Sicht auf den „arabischen Frühling“	25
<i>Mathias John:</i>	Waffen statt Menschenrechte	37
<i>Syria Alert:</i>	Wege aus der Gewalt suchen	44
<i>Stefan Leibold:</i>	Die Menschenrechte stehen nicht unter Terrorismus- vorbehalt	50
<i>Eberhard Ockel:</i>	Simon Sebag Montefiore: Jerusalem. Die Biographie (Rezension)	62

II. Berichte aus dem Bistum

<i>Bernhard Lübbering:</i>	Predigt beim Friedensgottesdienst von Pax-Christi	68
<i>Christine Kilanowski:</i>	Anmerkungen zum Studientag in Freckenhorst	73
<i>Hermann Steinkamp:</i>	„... sind auch Freude und Hoffnung der Jünger Christi“ (gaudium et spes)	76
<i>Veronika Hüning:</i>	Unsere Zukunft – sicher ohne Nazis!	91
<i>Michael Rösch:</i>	Den Nazis keinen Meter!	96

III. Dokument

<i>Briefwechsel mit der Deutschen Bischofskonferenz:</i>	Wasser als Menschenrecht	101
--	--------------------------------	-----

IV. Leserzuschriften

<i>Albert Horstmann:</i>	Zum Bericht „deutsch-polnisches Jugendtreffen“ ..	105
<i>Heinrich Kruse:</i>	Zum Engagement in der Anti-Atom Bewegung	107

V. Hinweise

<i>Termine</i>	aktuelle Übersicht	109
----------------	--------------------------	-----

IMPRESSUM

Herausgeber: PAX CHRISTI Bistumsstelle Münster

Breul 23, 48143 Münster, Telefon: 0251/511 420, e-mail: muenster@paxchristi.de

Internet: www.muenster.paxchristi.de

Bankverbindung: Darlehnskasse Münster – Kto.Nr. 3 962 600 – BLZ 400 602 65

Redaktion: Ernst Dertmann, Ferdinand Kerstiens, Stefan Leibold, Eberhard Ockel

Layout: Inga vom Rath

Bildnachweis: Privatfotos (Ernst Dertmann, Andreas Determann, Clemens Ronnefeldt, Publik Forum)

Druck: Kleyer-Druck, Münster-Roxel

Liebe Freundinnen und Freunde von Pax Christi,

Friedensfreunde, ich hoffe, ihr werdet's uns nicht verübeln, wenn wir das Thema des Hefts kleidet' in Form Elegie. Trauertöne bieten sich an, wenn ringsum Gewalt herrscht und Europa sich sperrt gegen die flüchtige Flut. Tragisch ist momentan sehr, dass Unfrieden herrscht auf der Erde: wohin man blickt heutzutage, nur man von Ausbeutung hört. Sei'n es die Spekulanten, die unverschämt sich ausbreiten, sich, wenn Verlust etwa droht, halten frech schadlos am Staat. Sei es die Krise Nahost oder sehn wir auf Syrien mit Sorge: Hilflosigkeit liegt so nah, wenn ausweglos scheint Gewalt! Doch will das Heft versuchen, die Arabellion zu umschreiben - zwar niemand weiß, was draus wird, doch hofft man: Demokratie! - Frühling Arabisch klingt recht euphemistisch, wer mag's prophezeien, was aus den Unruhen wird, ob Frieden eine Option. Unsicherheiten wir fanden bestätigt auf unserer Suche nach der Sachkompetenz, die Unklarheit uns vertreibt. Stefan Leibold und Ferdi Kerstiens suchten und fragten viele um Beiträge an, doch war es häufig umsonst. So war der Heilige Geist uns überraschend gewogen, denn trotz Absagen fand Stefan und Ernst manch Juwel, das schon als Vortrag vorlag oder für andere Zwecke gleichwohl für uns und zum Druck gern zur Verfügung gestellt. Stefan und Eberhard Ockel selbst sich zum Schreiben verpflichtet haben und ein Bistumswort und ein'n Buchneuling vorstellen. Aus dem Bistum erreichen uns Beiträge, doch nicht von allem Pax Christi Engagement gibt's auch entsprechend Bericht. Wichtig wir finden, dass Wasserknappheit wird friedensbedrohend, und so drucken wir ab, was schreibt Bischofskonferenz.

Leserzuschriften sind immer erwünscht: sie bezeugen Interesse; und schön wäre es drum, gäb's von der Sorte noch viel!

Hoffen wir nun auf viele und aufnahmefreudige Leser und Leserinnen, die uns lange noch halten die Treu!

(Eberhard Ockel)

*Ernst Dertmann
Ferdinand Kerstiens
Stefan Leibold
Eberhard Ockel*

Clemens Ronnefeldt

Aufbrüche in der arabischen Welt

I. Überblick über Konflikte der Region Naher und Mittlerer Osten sowie Nordafrika

Wie die Vergangenheit zeigte, verliefen bisher alle Versuche, Teilkonflikte im Nahen und Mittleren Osten jeweils einzeln zu lösen, im Sande. Wie soll der israelisch-palästinensische Kern-Konflikt gelöst werden, ohne die von der Flüchtlingsfrage betroffenen Länder Libanon, Jordanien oder Syrien, das zudem seit 1967 die Rückgabe der Golanhöhen einfordert.



Ägypten mit der gemeinsamen Grenze zum Gazastreifen hatte sechs Monate vor dem Gazakrieg 2008/2009 zwischen Hamas und israelischer Regierung die Einstellung des Raketenbeschusses durch die Hamas bei gleichzeitiger israelischer Grenzöffnung für Güter und Waren in den Gazastreifen ausgehandelt und könnte auch in Zukunft eine konstruk-

tive Rolle spielen, nachdem im Mai 2011 ein Versöhnungsabkommen zwischen Hamas und Fatah in Kairo unterzeichnet wurde.

Mit welcher überzeugenden Begründung kann Iran - das nicht zur arabischen Welt gehört, aber als mehrheitlich schiitischer Staat in Spannung zu zahlreichen arabischen sunnitischen Staaten steht - am Bau von Atombomben gehindert werden, wenn gleichzeitig Israel, Pakistan und Indien über Nuklearwaffen verfügen und sich weigern, mit der Internationalen Atomorganisation in Wien (IAEA) zusammen zu arbeiten?

Syrien, Iran, die Hisbollah und die palästinensische Hamas haben sich zu einer „Achse des Widerstands“ zusammengeschlossen. Wie könnte die israelische Regierung Atomanlagen im Iran angreifen, ohne Gefahr zu laufen, von den Raketen der Hisbollah im Libanon beschossen zu werden? Wie soll eine dauerhafte Befriedung des Irak ohne Einbeziehung Teherans oder Syriens möglich sein?

Fast alle Staaten der Region haben ethnische oder religiöse Minderheiten. Die kurdische Frage ist nach wie vor in den vier hauptbetroffenen Ländern (Türkei, Syrien, Irak, Iran) offen.

Sowohl in Iran wie auch in Pakistan gibt es Belutschen, die auf ihre Autonomie drängen. Im Iran, das etwa zur Hälfte persisch und zur anderen Hälfte von ethnischen Minderheiten (u.a. Kurden, Aseri, Araber, Belutschen) bewohnt ist, liegen die größten Erdölquellen ausgerechnet in der mehrheitlich arabischen Provinz Khuzistan, nahe der irakischen Grenze.

Im überwiegend sunnitischen Saudi-Arabien befinden sich die Haupterölgebiete im Osten entlang des persischen Golfes, wobei diese Gebiete etwa zur Hälfte von Schiiten bewohnt sind, die immer wieder angefeindet und wirtschaftlich benachteiligt werden. Aus der US-Invasion im Irak 2003 ging Iran als Gewinner hervor. Nach langer Unterdrückung durch den Sunniten Saddam Hussein übernahm die schiitische Bevölkerungsmehrheit Regierungsverantwortung - unter großem Einfluss Teherans vor allem im Süden Iraks. Mit der militärisch starken Stellung der Hisbollah im Libanon sowie relevanten Minderheiten in mehreren arabischen Staaten hat sich der schiitische Einfluss seit 2003 in der Region gegenüber den mehrheitlich sunnitischen Staaten wie Ägypten, Saudi-Arabien oder

Jordanien stark vergrößert - mit entsprechenden Rivalitätskämpfen. Eine weitere Konkurrenzebene bildet zudem noch der immer wieder aufflammende Konflikt zwischen Persern und Arabern.



liberierend eingegriffen hat. Voraussetzung wäre, dass sich die Regierung Netanjahu nach dem Angriff auf die Gazaflotille zu einer internationalen Untersuchung mit Anhörung von israelischen Soldaten als Zeugen sowie zu einer Entschuldigung für die getöteten türkischen Aktivisten gegenüber Ankara durchringen könnte, um die israelisch-türkischen Beziehungen zu entspannen.

Mit den USA, den EU-Staaten, Russland und China werden, so lange deren Ökonomien vom „schwarzen Gold“ abhängen, alle diese Akteure auf die Öl- und Gasquellen der Region Naher und Mittlerer Osten zurückgreifen.

Neben Iran möchte auch die Türkei eine stärkere Rolle als Regionalmacht spielen. Der türkische Nicht-EU-Beitritt lässt das Land verstärkt seine Partner im Osten (Russland, Iran) suchen. Als regionaler Konfliktschlichter an der Nahtstelle von Orient und Okzident könnte die Türkei eine wichtige Rolle im Nahost-Konfliktmanagement übernehmen und sich dabei von Katar unterstützen lassen, das z.B. in der Vergangenheit im Libanon deeska-

Die jemenitische Hauptstadt Sanaa wird ebenso wie zahlreiche andere Städte und Gebiete im Nahen und Mittleren Osten in wenigen Jahren kaum noch mit Trinkwasser versorgt werden können. Der Wert des Wassers könnte den des Erdöls schon bald übersteigen.

Durch das gewaltige Great-Man-Made-River-Projekt zur Trinkwasserversorgung in Libyen sinkt der Trinkwasserspiegel auch in den nordafrikanischen Nachbarstaaten seit Jahren langsam, aber kontinuierlich, was noch zu erheblichen zwischenstaatlichen Spannungen mit den Nachbarstaaten führen dürfte.

Ägypten war nach seinem Friedensschluss 1979 für eine Dekade bis 1989 aus der Arabischen Liga ausgeschlossen worden. Bis 1979 und seit 1989 stellt Ägypten seit Gründung der Liga den Generalsekretär für das Bündnis der 22 Mitgliedsstaaten, der Sitz der Zentrale ist Kairo.



In fast allen Staaten der arabischen Liga sind ca. 50 Prozent der Gesamtbevölkerung jünger als 25 Jahre. In Deutschland liegt die Zahl bei 24,8 Prozent. Diese junge Generation sieht sich um ihre Zukunftschancen gebracht, findet keine

Arbeitsplätze und kann keine Familie gründen, weil langjährige Diktatoren ihre jeweiligen Länder über Jahrzehnte ausgeblutet und sich selbst schamlos bereichert haben. Die Einhaltung der Menschenrechte, die Durchsetzung von Frauenrechten, Pressefreiheit und Partizipation der Bevölkerung an politischen Entscheidungen finden sich in kaum einem arabischen Land. Diese zuletzt genannten Gründe dürften die zentrale Triebfeder für die Aufbrüche in der arabischen Welt sein.

Die unvollständige Skizze der Akteure, Interessen und Konflikte verdeutlicht, was viele Friedensforschungsinstitute seit langem fordern: Der

einzig sinnvoller Weg, die Region Naher und Mittlerer Osten vor dem weiteren Abdriften in eine Eskalationsspirale zu bewahren, bestünde in der Einberufung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten (KSZMNO), wo alle relevanten Themen wie z.B. Sicherheit, Wasser oder Menschenrechte von allen jeweils betroffenen Ländern gemeinsam angegangen werden.

Als Hoffungszeichen kann gelten, dass die 189 Mitgliedsstaaten des Sperrvertrages auf der Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag im Sommer 2010 beschlossen haben, im Jahre 2012 eine Konferenz einzuberufen, deren Ziele eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten sowie das Verbot auch von allen anderen Massenvernichtungswaffen sein sollen.

Im Januar 2011 moderierte ich - zusammen mit dem UNO-Korrespondenten Andreas Zumach - eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten auf Nichtregierungsebene mit 27 Teilnehmenden aus neun Staaten (Israel, Palästina, Türkei, Irak, Iran, Jordanien, Syrien, Kuwait, Deutschland) über vier Tage hinweg in der evangelischen Akademie Bad Boll. Es gelang uns allen gemeinsam, Vertrauen aufzubauen und länderübergreifende Querschnittsgruppen zu Themen wie Wasser, Erneuerbare Energien, Friedenserziehung, Interreligiöser Dialog und eine Atomwaffenfreie Zone zu bilden. Mitten in unsere Konferenz kam die Nachricht von der Revolution in Tunesien und dem Sturz Ben Alis. Die Teilnehmenden waren voller Optimismus, dass dies erst der Anfang sein würde.

II. Ägypten - eine gewaltfreie Revolution verändert eine ganze Region

1. Der Anschlag auf die Kirche in Alexandria zu Beginn des Jahres 2011

Am Neujahrstag 2011 wurden in der ägyptischen Hafenstadt Alexandria bei einem Terroranschlag gegen eine vollbesetzte koptische Kirche 21 Menschen getötet und 70 verletzt. Hosni Mubarak machte „ausländische Kräfte“ für die Tat verantwortlich, die Süddeutsche Zeitung schrieb: „Die Täter wollten Ägypten destabilisieren, sagte Mubarak, der sich nach 30

Jahren Regentschaft in diesem Jahr erneut der Wiederwahl stellen will“ (SZ, 3.1.2011). Besonders eilig hatte es der ägyptische Innenminister mit der Schuldzuschreibung: „Das ägyptische Innenministerium hat eine im Gazastreifen ansässige Extremistengruppe für den tödlichen Anschlag auf Christen in Alexandria verantwortlich gemacht. Es gebe „überzeugendes Beweismaterial“, wonach die der Al Qaida nahestehende Gruppierung Armee des Islams für die Planung und Ausführung des Angriffs verantwortlich sei, erklärte Innenminister Habib Adli“.

Der Internet-Dienst der Frankfurter Allgemeinen Zeitung brachte Licht ins Dunkel dieses Anschlages: „Der Nachrichtensender Al Arabija berichtete unterdessen, die ägyptische Oberstaatsanwaltschaft habe ein Verfahren gegen den früheren Innenminister Habib Adli eingeleitet. Seine Rolle bei dem Terroranschlag auf eine koptische Kirche in der Neujahrsnacht in Alexandria solle untersucht werden. Der Anwalt Ramzi Mamdouh hatte eine Klage eingereicht, in der es hieß, Adli habe als Innenminister den Anschlag selbst angeordnet, um mehr Unterstützung für den Kampf gegen den islamistischen Terrorismus zu bekommen. (...) Die Untersuchung prüft den Gehalt britischer Geheimdienstberichte, wonach Habib Adli ein Netzwerk von Islamisten und Drogenhändlern aufgebaut habe, um Sabotageakte durchzuführen“. Sollte Innenminister Habib Adli für den Terroranschlag verantwortlich sein, würde dies rückblickend noch einmal deutlich machen, wie sehr das Regime Mubarak sich bereits zu Beginn des Jahres 2011 in Bedrängnis gesehen hat.

Seit der Ermordung des regierungskritischen Bloggers Khalid Said, der im Jahre 2010 in Alexandria auf offener Straße von ägyptischen Polizisten zu Tode geprügelt worden war, braute sich in der jungen Generation unter dem Motto „Wir alle sind Kahlid Said“ jenes Protestpotential zusammen, das sich am 25. Januar 2011 in der ersten großen Demonstration auf dem Tahrirplatz entlud.

2. Eine neue arabisch-islamische Kraft der Gewaltfreiheit

Das in westlichen Staaten weit verbreitete Vorurteil, arabische oder generell islamische Staaten seien nicht oder kaum demokratiefähig, wird nach den Erfahrungen in Tunesien und Ägypten nun hoffentlich revidiert.

Der Tahrir-Platz von Kairo zeigte einen demokratischen Reifegrad und eine Fähigkeit der Selbstorganisation des ägyptischen Volkes, die allergrößte Wertschätzung verdienen. Über zweieinhalb Wochen fanden auf mehreren Bühnen gleichzeitig politische Kundgebungen statt, zu denen berufliche Gruppen wie ProfessorInnen, ÄrztInnen oder Delegierte aus den Provinzen aufgerufen hatten. RednerInnen konnten sich in Listen eintragen und zu den Versammelten sprechen. Frauen kämpften gleichberechtigt mit Männern für Demokratie, was für die Genderfrage in Ägypten vermutlich noch länger positiv nachwirken wird. Verpflegung, Toiletten und selbst Handy-Ladestationen wurden von Menschen für die Demonstrierenden bereit gestellt, die auch nach brutalsten Attacken der Polizei besonnen blieben.



Entscheidend für den Rücktritt Mubaraks dürfte gewesen sein, dass sich die ihm ergebenen Polizisten, die zunächst noch auf die Reformbewegung einschlugen und zahlreiche Menschen töteten, unter dem Druck des Militärs zurückzog. Das Militär, das seit Napoleons Zeiten noch nie auf die eigene Bevölkerung geschossen hat und daher hohes Ansehen genießt, war zeitweise in sich gespalten. Während führende Generäle zu Mubarak hielten und Sorge um den Verlust ihrer Privilegien hatten,

stellten sich die jüngeren Offiziere immer stärker auf die Seite der Demokratiebewegung und setzten sich letztendlich durch.

3. Der Übergang zur Demokratie ist noch nicht geschafft

Die Militärregierung hat wesentliche Forderungen der Demonstrierenden erfüllt: Die Verfassung wurde aufgehoben, freie Wahlen zugesichert. Nicht erfüllt wurde die Forderung nach Aufhebung der Notstandsgesetzgebung sowie nach der Freilassung politischer Gefangener. Da die alte Regierung verwaltend - allerdings ohne Machtbefugnisse - im Amt geblieben ist, steht der tatsächliche Wandel zur Überwindung der Militärdiktatur noch aus. Viel wird davon abhängen, ob der Militärрат unter Leitung von Ex-Verteidigungsminister Tantawi die Macht nach dem Wahlsieg der Muslimbruderschaft und der Salafisten, die über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament verfügen, abgibt. Die Generäle verlangen in nicht öffentlich geführten Dialogen mit der Führung der Muslimbruderschaft Straffreiheit und den Beibehalt einiger Privilegien, um Teile der Macht überhaupt abzugeben. Gegen einen solchen Deal gehen Menschen noch immer auf die Straße, wenn auch in weit geringerer Zahl als im Frühjahr 2011.

4. Tunesien und Ägypten haben Auswirkungen in der gesamten Region

In Algerien steht Präsident Bouteflika unter großem Druck und musste die Aufhebung des seit 19 Jahre anhaltenden Ausnahmezustandes ankündigen. In Bahrain, wo die schiitische Mehrheit von Sunniten unterdrückt wird, riefen Oppositionelle zu „Tagen des Zorns“ aufgerufen. In Jordanien bildete der ebenfalls unter Druck stehende König eine neue Regierung, in Jemen sagte der bisherige Potentat zu, nicht seinen Sohn als Nachfolger durchsetzen zu wollen. In Iran gehen wieder verstärkt Anhänger von Oppositionsführer Mussawi auf die Straße. Auch in Syrien steht das Assad-Regime unter enormen Druck. In der Westbank erklärte der bisherige Premierminister Fajad den Rücktritt der gesamten Regierung. Präsident Abbas beauftragte ihn mit der Bildung einer neuen Regierung, Neuwahlen sollen schneller als ursprünglich geplant stattfinden. Während die Fatah in die Defensive geraten ist, ging die Hamas aus dem Rücktritt Mubaraks gestärkt hervor.

Die israelische Regierung setzte bis zuletzt alle Hebel in Bewegung, die US-Regierung und auch die europäischen Staaten davon zu überzeugen, Mubarak im Amt zu halten. Künftig wird Israel vermutlich noch mehr Geld für Rüstung und Sicherheit ausgeben, da ein jahrzehntelanger verbündeter Nachbar davon gejagt wurde und Israel sich nun für einen „Mehrfrontenkrieg“ vorbereitet, wie der israelische Generalstabschef Aschkenasi sagte. Für Aufmerksamkeit in Israel sorgte ein Artikel der New York Times des israelfreundlichen Kolumnisten Thomas Friedman, der schrieb: „Netanjahu läuft Gefahr, der Mubarak des Friedensprozesses zu werden“. Friedman verwies auf die wachsende Ungeduld in Washington darüber, dass Israel nicht mit den Palästinensern verhandelt, obwohl es in Ramallah einen verantwortungsvollen Partner gebe.

III. Bilanz der Aufbrüche in der arabischen Welt ein Jahr nach Beginn der Revolutionen

Am 11. Februar 2011 gelang der Demokratiebewegung vor allem auf dem Tahrir-Platz in Kairo, was nur wenige zu hoffen gewagt hatten: Im mit rund 85 Millionen Menschen weitaus bevölkerungsreichsten Land der arabischen Liga, das traditionell auch den Generalsekretär der Liga stellt (bis auf die Jahre 1979 bis 1989, als Ägypten wegen seines Friedensschlusses mit Israel ausgeschlossen wurde), stürzte Mubarak nach drei Jahrzehnten an der Macht vermutlich auch, weil das Militär ihn und vor allem seinen als Nachfolger vorgesehenen Sohn Gamal nicht länger akzeptieren wollten.

Die westlichen Staaten trafen diese Revolutionen völlig unvorbereitet. Die französische Regierung bot in den letzten Tagen Ben Alis noch Militärhilfe zur Niederschlagung des Aufstandes an, die Bundesregierung hatte wenige Monate vor der ägyptischen Revolution noch Wasserwerfer an das Regime von Hosni Mubarak ausgeliefert, die gegen die Demonstrierenden des Tahrirplatzes eingesetzt wurden.

Die Revolutionen in Tunesien und Ägypten räumten zu Beginn des Jahres 2011 mit einem weit verbreiteten Vorurteil auf, arabisch-muslimische Staaten seien nicht demokratiefähig.

Einer der großen Verlierer dieser Revolutionen war und ist auch das Terrornetzwerk Al-Qaida. Wenn es möglich ist, gesellschaftliche Veränderungen durch gewaltfreie Demokratiebewegungen zu bewerkstelligen, verliert der Einsatz terroristischer Gewalt in der muslimischen Welt - wie in Al Qaida und einige andere extremistischen Organisationen lange propagierten - schlicht an Überzeugungskraft.

Die Revolution in Bahrain, wo die schiitische Bevölkerung vom sunnischen Herrscherhaus unterdrückt wird und wo es ebenfalls viele Tote unter den unbewaffneten Zivilisten gab, war bei westlichen Regierungen nicht erwünscht.

Diese sahen zu, wie Truppen aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten nach Bahrain einmarschierten und der dortigen Demokratiebewegung ein zunächst blutiges Ende machten. Von westlichen Regierungen, die eng mit Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten verbunden sind, kam allenfalls zurückhaltende Kritik. Diese Doppelmoral, die der Tatsache geschuldet ist, dass der schiitische Einfluss seit dem Irak-Krieg 2003 in der Region gewachsen ist und Iran eingedämmt werden soll, wird westliche Regierungen vermutlich noch teuer zu stehen kommen.

In Libyen ergriff die Nato einseitig Partei für die Aufständischen in einem blutigen Bürgerkrieg mit Tätern und Opfern auf beiden Seiten. Vermittlungsversuche der Organisation afrikanischer Staaten oder der Türkei wurden durch die Bombardierungen zunichte gemacht. Während die UN-Resolution 1973 eigentlich Zivilisten schützen sollte, missbrauchten vor allem die Regierungen in Frankreich, Großbritannien und den USA den Text zu einem ganz anderen Ziel: Dem Sturz Muammar al-Gaddafis.

Im Zuge dieser völkerrechtswidrigen Ausweitung der UN-Resolution und der damit verbundenen Eskalation verloren nach vorläufigen Schätzungen rund 50.000 Menschen ihr Leben. Wieviele dieser Opfer auf das Konto der Gaddafi-Truppen, der Aufständischen und der Nato gehen, wird sich vermutlich niemals feststellen lassen.

Im Falle Syrien blockierten im Februar 2012 China und Russland eine UN-Resolution, weil sich beide Staaten nicht noch einmal wie im Fall Libyen über den Tisch ziehen lassen wollten. Auch in Syrien setzen - wie in Libyen - sowohl Regierungstruppen wie Aufständische Gewalt in einem Maße ein, das nicht hinnehmbar ist. Nach dem Scheitern einer Beobachtermission der arabischen Liga stellt sich die Frage, ob eine größere internationale Beobachtermission - unterstützt von russischen und westlichen diplomatischen Bemühungen - die Eskalation eindämmen kann. Offen bleibt auch die Frage, wie verhindert werden kann, dass nicht auf dem Rücken der Opfer eines blutigen Bürgerkrieges in Syrien andere Staaten ihre handfesten Interessen austragen, in dem sie die eine oder andere Seite militärisch unterstützen und dieser zum Sieg verhelfen?

Die Interessen der US-Regierung, zahlreicher EU-Regierungen, der israelischen Führung wie den Führungen einiger sunnitischen arabischer Staaten wie Saudi-Arabien oder Katar liegen auf der Hand: Durch den Sturz von Baschar al-Assad soll der wichtigste Verbündete Irans und der Hizbollah beseitigt werden, jene Regierung also, die Waffen aus dem Iran durch Syrien an die Hizbollah seit Jahren passieren lässt - und damit dafür gesorgt hat, dass die israelische Regierung die iranischen Atomanlagen nicht angreifen kann, ohne selbst einem massiven Raketenhagel aus dem Libanon ausgesetzt zu sein.

Die russischen Interessen sind ebenfalls offensichtlich: Russland unterhält mit dem syrischen Hafen Tartus den einzigen Mittelmeer-Stützpunkt, der von russischen Kriegsschiffen angefahren werden kann. Russland kann über Syrien als einem zentralen Verbündeten seine Interessen in der Region wahren und versucht daher den Sturz Assads zu verhindern.

Große Teile der Christen in Syrien, die 10 Prozent der Bevölkerung ausmachen, unterstützen ebenso wie die 10 Prozent Alawiten nach wie vor Baschar al-Assad und gehen auch für ihn auf die Straße. Sie befürchten, nach dem Sturz Assads und freien Wahlen unter die Räder der muslimischen Bevölkerungsmehrheit zu kommen.

IV. Vorläufiges Fazit

1. Während in Irak und Afghanistan die angeblichen Versuche westlicher Staaten, demokratische Systeme zu installieren, bisher von außen kommend gescheitert sind, nimmt inzwischen in zahlreichen arabischen Staaten eine junge demokratisch gesinnte Bevölkerungsmehrheit - etwa die Hälfte der Bevölkerung in allen arabischen Staaten ist jünger als 25 Jahre - ihr Schicksal zunehmend selbst in die Hand.
2. Noch immer werden zahlreiche diktatorisch regierte Länder der Region wie z.B. Saudi Arabien von westlichen Staaten mit Waffen und Geldströmen wegen unserer Energie-Sicherung unterstützt, wodurch die Durchsetzung von Demokratie, Menschenrechten, Meinungs- und Pressefreiheit für die jeweiligen Zivilgesellschaften erschwert bis unmöglich gemacht wird. Rund 200 Leopard-Panzer aus Deutschland sollen demnächst den Einfluss Irans eindämmen helfen - und könnten auch gegen eine Demokratiebewegung in Saudi-Arabien eingesetzt werden.
Die Bundesregierung sagte der israelischen Regierung im Jahre 2011 zu, ein sechstes U-Boot der Dolphin-Klasse, das in Israel atomar umgerüstet werden kann, mitzufinanzieren - wie bereits ausgelieferte vorherige U-Boote in den Jahren 1999 und 2000 aus Deutschland. Dies ist ein Grund zur Empörung und eine Anfrage an uns: Was sind wir bereit zu riskieren, um diese Missstände bei uns abzustellen?
3. Ein Jahr nach der bereits erwähnten Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten (KSZMNO) auf Nichtregierungsebene in Bad Boll stellt sich die aktuelle Frage, warum eine solche Konferenz nicht auch auf staatlicher Ebene möglich ist? Die Forderung nach einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten (KSZMNO) scheint vor dem Hintergrund der Eskalation zwischen Israel und Iran, dem begonnenen Wirtschaftskrieg zwischen USA, Europa und Iran sowie der Gewalt in Syrien heute dringender denn je. Auch der weiter eskalierende israelisch-palästinensische Konflikt sowie die hochexplosiven Spannungen im Libanon könnten mittels einer solchen überregionalen Konferenz bearbeitet und gelöst werden.

Noch ist es - hoffentlich - nicht zu spät für diese KSZMNO, deren Ziel u.a. eine atomwaffenfreie Zone von Israel bis Indien sein könnte.

Dipl.-Theologe Clemens Ronnefeldt war von 1986-1992 Diözesanvorsitzender von Pax Christi im Bistum Mainz und ist seit 1992 Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.

Uri Avnery

Hurra für Ägypten!

28. Januar 2012



DAS UNMÖGLICHE ist geschehen. Das ägyptische Parlament, demokratisch von einem freien Volk gewählt, hat sich zu seiner 1. Sitzung zusammen gefunden.

Für mich war das ein wunderbares, freudiges Ereignis.

Für viele Israelis war dies ein beunruhigender, ein bedrohlicher Anblick.

ICH KANN nicht anders, als mich darüber freuen, wenn ein unterdrücktes Volk sich erhebt und seine Freiheit und seine menschliche Würde gewinnt. Und zwar nicht durch die Intervention ausländischer Kräfte, sondern durch seine eigene Standhaftigkeit und seinen Mut. Und nicht durch Schießen und Blutvergießen, sondern durch die pure Macht der Gewaltlosigkeit.

Wann und wo immer dies geschieht, muss dies das Herz jeder anständigen Person rund um den Globus erfreuen. Verglichen mit den meisten anderen Revolutionen verlief der augenblickliche ägyptische Aufstand ohne Blutvergießen. Die Zahl der Opfer beläuft sich auf Dutzende, nicht auf Tausende. Der gegenwärtige Kampf in Syrien fordert alle zwei oder drei Tage diese Zahl der Opfer, so auch der erfolgreiche Aufstand in Libyen, dem sehr durch ausländische Militärintervention geholfen wurde.

Eine Revolution reflektiert den Charakter ihres Volkes. Ich hatte immer eine besondere Liebe für die Ägypter, weil sie – im Allgemeinen - nicht

aggressiv und gewalttätig sind. Sie sind außerordentlich geduldig und humorvoll. Man kann dies in Tausenden von Jahren in seiner aufgezeichneten Geschichte nachlesen und im täglichen Leben auf der Straße sehen. Deshalb war diese Revolution so überraschend. Von allen Völkern dieses Planeten sind die Ägypter unter denen, von denen man am wenigsten eine Revolution erwartete. Doch sie kam.

DAS PARLAMENT kam nach 60 Jahren Militärherrschaft zusammen, die auch nach einer unblutigen Revolution begann. Selbst der verachtete König Faruk, der an jenem Tag im Juli 1952 gestürzt wurde, wurde nicht verletzt. Er wurde in seine luxuriöse Yacht verfrachtet und nach Monte Carlo geschickt, um dort den Rest seines Lebens mit Glücksspiel zu verbringen.

Der wirkliche Führer der Revolution war Gamal Abd-al-Nasser. Ich traf ihn mehrere Male während des 48er-Krieges – auch wenn wir nicht richtig einander vorgestellt wurden. Dies war alles während nächtlicher Gefechte. Erst nach dem Krieg konnte ich die Ereignisse rekonstruieren. Er wurde in einer Schlacht verwundet, für die meine Kompanie mit dem Ehrennamen „Simsons Füchse“ ausgezeichnet wurde, während ich fünf Monate später von Soldaten unter seinem Kommando verletzt wurde. Ich traf ihn natürlich nie persönlich, aber ein guter Freund von mir traf ihn tatsächlich. Während der Schlacht im umzingelten Faluja-Gebiet einigte man sich auf eine Feuerpause, um die Toten und Verletzten zwischen den Linien herauszuholen. Die Ägypter sandten Major Abd-al-Nasser, unsere Seite sandte den im Jemen geborenen Offizier, den wir Rotkopf nannten, weil er fast ganz schwarz war. Die beiden feindlichen Offiziere liebten einander sehr, und als die ägyptische Revolution ausbrach, sagte Rotkopf zu mir – lange vor anderen – dass Abd-al-Nassar der Mann sei, den man beobachten müsse.

(Ich kann mich nicht zurückhalten und muss etwas ausdrücken, was mich ärgert. In westlichen Filmen und Büchern haben Araber oft als ersten Namen Abdul. Solch einen Namen gibt es gar nicht. „Abdul“ heißt eigentlich Abd-al-, was „Diener von“ bedeutet, und dem folgt unweigerlich einer von Allahs 99 Attributen. Abd-al-Nasser z.B. bedeutet „Diener von (Allah) dem Siegreichen“.

„Nasser“, wie ihn die meisten Leute abgekürzt nannten, war kein geborener Diktator. Später erzählte er, dass er, nachdem er die Revolution in Gang gebracht hatte, nicht wusste, was er als nächstes tun sollte. Er begann damit, eine zivile Regierung zu ernennen, war aber entsetzt von der Inkompetenz und Korruption der Politiker. Deshalb nahm die Armee die Dinge in die eigenen Hände und wurde bald zu einer Militärdiktatur, die bis letztes Jahr andauerte und immer mehr entartete.



Man muss Nassers Bericht nicht wörtlich nehmen, aber es ist klar: jetzt wie damals tendiert eine „zeitweilige“ Militärherrschaft, zu einer dauernden Diktatur zu werden. Die Ägypter wissen das aus bitterer Erfahrung, und deshalb werden sie jetzt sehr ungeduldig.

Ich erinnere mich an ein spannendes Gespräch zwischen zwei führenden arabischen Intellektuellen vor etwa 45 Jahren. Wir waren in London auf dem Wege zu einer Konferenz zusammen in einem Taxi. Der eine war der bewundernswerte Mohamed Sid Ahmad, ein aristokratischer ägyptischer Marxist, der andere war Alawi, ein mutiger, linker, marokkanischer Op-

positionsführer. Der Ägypter sagte, in der augenblicklichen arabischen Welt könne kein nationales Ziel ohne eine starke autokratische Führung erreicht werden. Alawi erwiderte scharf, nichts Lohnendes könne erreicht werden, bevor nicht eine Demokratie errichtet wird. Ich denke, diese Diskussion ist jetzt beendet.

ALS WINSTON Churchill bekanntermaßen sagte: „Die Demokratie ist die schlimmste Regierungsform, außer all den anderen Formen, die versucht worden sind.“ Das Üble bei der Demokratie ist, dass freie Wahlen nicht immer in der Weise enden, wie man sie gern hätte.

Die vor kurzem durchgeführte ägyptische Wahl wurde von den „Islamisten“ gewonnen. Die tumultartige erste Sitzung, die vom Hauch der Freiheit gefördert wurde, wurde von Vertretern mit „religiösen“ Bärten beherrscht. Gewählte Mitglieder der Muslimbruderschaft und den noch extremeren Salafisten (Anhänger der Salafiyeh, einer sunnitischen Sekte, die behauptet, den Lehren der ersten drei muslimischen Generationen zu folgen) bildeten die Mehrheit. Die Israelis und die Islamophoben im Westen, für die alle Muslime gleich sind, sind entsetzt.

Offen gesagt, liebe ich keine religiösen Parteien, egal welcher Färbung – jüdisch, muslimisch, christlich oder was es sonst noch gibt. Eine echte Demokratie verlangt die völlige Trennung von Staat und Religion – in der Praxis wie in der Theorie.

Ich würde nicht für Politiker stimmen, die religiösen Fundamentalismus als Leiter für ihre Karriere benützen – ob es amerikanische Präsidentschaftskandidaten sind, israelische Siedler oder arabische Demagogen. Selbst wenn sie ehrlich wären, würde ich gegen sie stimmen. Aber wenn solche Leute frei gewählt werden, muss man sie akzeptieren. Ich würde mir sicherlich nicht durch den Erfolg der Islamisten die Freude über den historischen Sieg des arabischen Frühlings nehmen lassen.

So wie es jetzt aussieht, werden Islamisten verschiedener Schattierungen in allen neuen arabischen Parlamenten einflussreich sein; das wird die Frucht arabischer Demokratie sein- von Marokko bis zum Irak, von Syrien bis Oman. Israel wird keine „Villa im Dschungel“ sein, sondern eine jüdische Insel in einem muslimischen Meer.

Die Insel und das Meer sind keine natürlichen Feinde. Im Gegenteil - sie ergänzen einander. Die Inselbewohner fischen im Meer, die Insel schützt die jungen Fische.

ES GIBT keinen Grund für Juden und Muslime, nicht friedlich zusammen zu leben und zu kooperieren. Sie haben es so viele Male im Laufe der Geschichte getan, und dies waren für beide gute Zeiten. In jeder Religion gibt es Widersprüche. In der hebräischen Bibel gibt es z.B. die inspirierenden Kapitel der Propheten und die abscheulichen Aufrufe zum Genozid im Buch Josua. Im neuen Testament ist die wunderbare Bergpredigt und die widerliche (und offensichtlich falsche und später eingefügte) Beschreibung der nach der Kreuzigung Jesu schreienden Juden, die den Antisemitismus und unzähliges Leiden verursacht hat. Im Koran sind verschiedene anstößige Passagen über die Juden, aber viel wichtiger ist das bewundernswerte Gebot, die „Völker des Buches“, Juden und Christen, zu schützen.

Es ist jetzt Sache der Gläubigen jeder Religion, aus ihren heiligen Texten die Passagen herauszupicken, nach denen sie leben wollen. Einmal sah ich ein Nazibuch aus Hunderten von Zitaten aus dem Talmud zusammengesetzt. Ich war sicher, dass sie alle falsch waren und war zutiefst erschrocken, als mir ein freundlicher Rabbiner versicherte, dass sie alle authentisch seien, nur aus dem Zusammenhang gerissen.

JUDEN UND Muslime können friedlich zusammen leben und taten es, auch die Israelis und die Ägypter. Nur ein Kapitel: im November 1944 ermordeten zwei Mitglieder der vorstaatlichen Untergrundorganisation Lehi (auch als „Sternbande“ bekannt) Lord Moyne, den britischen Staatsminister für den Nahen Osten in Kairo. Sie wurden gefangen genommen, und ihre Gerichtsverhandlung vor einem ägyptischen Gericht wurde zu einer antibritischen Demonstration. Junge ägyptische Patrioten füllten den Raum und bemühten sich nicht, ihre Bewunderung für die Angeklagten zu verbergen. Einer der beiden (der mir bekannt war) revanchierte sich mit einer stürmischen Rede, in der er den Zionismus verwarf und sich selbst als einen Freiheitskämpfer definierte, um die ganze Region vom britischen Imperialismus zu befreien. Als Israel nicht lange danach gegründet wurde, schlugen einige von uns vor, der neue Staat möge diese

und andere Taten dazu benützen, um uns als den ersten semitischen Staat darzustellen, der sich selbst von fremder Herrschaft befreit hat. In diesem Sinne hießen wir 1952 die Abd-al-Nasser-Revolution willkommen. Aber 1956 griff Israel in geheimer Absprache mit Frankreich und Großbritannien Ägypten an und wurde deshalb als ein Außenposten der westlichen Kolonisation gebrandmarkt.



NACH ANWAR SADATS historischem Besuch in Jerusalem war ich einer der ersten vier Israelis, die in Kairo ankamen. Wochenlang waren wir die Helden der Stadt, die von allen gefeiert wurden. Begeisterung für Frieden mit Israel schuf eine Karnevalsstimmung. Erst später, als den Ägyptern klar wurde, dass Israel keineswegs die Absicht habe, den Palästinensern ihre Freiheit zuzugestehen, verschwand diese. Jetzt ist es an der Zeit, diese Stimmung wieder zu beleben. Es könnte getan werden, wenn wir entschlossen unser Gesicht dem Arabischen Frühling und dem zuwenden würden, was jetzt im Winter geschieht.

Dies lässt wieder eine der grundsätzlichen Fragen Israels stellen: Wollen wir ein Teil dieser Region sein oder ein Außenposten des Westens? Sind

die Araber unsere natürlichen Verbündeten oder unsere Feinde? Wird die neue arabische Demokratie unsere Sympathie und Bewunderung wecken, oder wird sie uns erschrecken? Dies führt zur tiefsten Frage: Ist Israel nur ein Ableger des Weltjudentums, oder ist es eine neue Nation, die in dieser Region entstanden ist und einen integralen Teil davon darstellt?

Für mich ist die Antwort klar; und deshalb grüße ich das ägyptische Volk und sein neues Parlament: meine Gratulation!

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlf)

Uri Avnery (in Beckum geboren als Helmut Ostermann) ist ein israelischer Journalist, Schriftsteller und Friedensaktivist. Er war in drei Legislaturperioden für insgesamt zehn Jahre Parlamentsabgeordneter in der Knesset (1965-1969; 1969-1973 und 1977-1981).

Christof Grosse

Eine persönliche Pax Christi-Sicht auf den arabischen Frühling

1.

Der arabische Frühling, die „Arabellion“, hat eine neue Schwierigkeit zu den Schwierigkeiten hinzugefügt, die die Friedensbewegung ohnehin schon bei der Positionierung zwischen den die Zivilgesellschaft seit Mitte der 1990er Jahre spaltenden Strömungen Pazifismus und Bellizismus hat.

Zu den vielen neuen kategorialen Sichtweisen, die sie nach Ruanda und Srebrenica entwickeln musste, namentlich in der Auseinandersetzung um das Konzept der „responsibility to protect“ bei drohendem Völkermord, gesellt sich nun auch die Frage des angemessenen Umgangs mit dem Faktum einer *Revolution*, wie sie ja mit ihrem Diminutiv Rebellion in der Wortschöpfung „Arabellion“ sprechend enthalten ist.

Die Pax Christi-Kommission Friedenspolitik entstand 2001 gerade aus dem Dissens über die Akzeptanz oder die Ablehnung der Anwendung militärischer Mittel zum Schutz bedrohter Menschenleben heraus. Sie hat sich dabei immer in der Nachfolge einer in früheren Jahren schon einmal existierenden Kommission Gewaltfreiheit gesehen. Das Ringen um eine verantwortliche Position der Gewaltfreiheit bestimmte auch durchgehend ihre Arbeit, angefangen mit der Analyse des drohenden Irakkriegs 2002 oder der Situation in Darfur über die Kritik an der Militarisierung der EU durch den Lissabonvertrag bis zum generellen Infragestellen des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr nach dem Massaker von Kundus und der Warnung vor grundgesetzwidrigen Entwicklungen im Zuge der Bundeswehrstrukturreform 2011. Die ganze Zeit über versuchten und versuchen wir daneben immer, die politische Analyse an Elemente einer friedensethischen Spiritualität rückzubinden.

Nun werden wir zum Thema Arabische Revolution, insbesondere zu Syrien angefragt, nachdem wir aber auch von uns aus schon seit März 2011, spätestens nach den ratlos machenden Forderungen aus der europäischen Zivilgesellschaft nach einer Flugverbotszone über Libyen, auf die Situation reagiert hatten.

Wir befinden uns dabei im Spannungsfeld unterschiedlicher Ansprüche: Wir lassen uns vom allgemeinen Ruf nach Freiheit begeistern, wir bewundern die sympathischen gewaltfreien Bewegungen in Tunesien, Ägypten und Jemen,



wir sehen aber auch die zunehmende interessengeleitete, machtpolitische und schon lange auch gewaltbewehrte Instrumentalisierung der Bewegung nach den ersten gewaltfreien Überraschungserfolgen und sollen uns zudem für die Belange und den Schutz zumal der christlichen Minderheiten in Syrien einsetzen, die mit der Unterstützung der sie lange Zeit schützenden etablierten Macht inzwischen oftmals Gefahr laufen, auf die falsche Karte gesetzt zu haben.

2.

Dabei schwelt der Konflikt in Syrien, der inzwischen in offenen Bürgerkrieg umgeschlagen ist, seit mehr als einem Jahr. In unserer Stellungnahme von Mitte Januar 2012 haben wir vor allem bemängelt, dass es westlichen Politikern und Leitmedien bislang „im Traum nicht eingefallen war, die gewaltfreie Bewegung rechtzeitig, zuverlässig und konstruktiv zu unterstützen“. Wie frühzeitig sich deren Lage zum Besorgnis Erregenden entwickelte, dazu ein kurzer Abriss (nach dem BSV-Dossier von Christine Schweitzer, aktualisiert und weitgehend wörtlich):

Der März 2011 gilt vielen BeobachterInnen als der eigentliche Beginn

der Unruhen, als in Dar'a, einer im Süden Syriens gelegenen Stadt, eine Demonstration nach dem Freitagsgebet am 18. März von der Polizei unter Beschuss genommen wurde. Der Protest war durch die Verhaftung und mutmaßliche Folterung von 15 Schülern ausgelöst worden, die einen Slogan der arabischen



Aufstände in den anderen Ländern an eine Häuserwand gemalt hatten. Während der Bestattung von vier Opfern am nächsten Tag kam es zu neuer Gewalt von Regierungsseite. Ab dem Zeitpunkt begannen Hunderttausende regelmäßig

auf die Straße zu gehen. Schwerpunkte der Proteste waren und sind Baniyas, Homs, Hama und Vororte von Damaskus, aber es gibt keine Region Syriens, wo keine Proteste stattfinden. Die Regierung verfolgte anfänglich die Strategie, durch hartes Durchgreifen gekoppelt mit politischen Konzessionen der Lage Herr zu werden. So trat am 29. März 2011 die Regierung unter Ministerpräsident Muhammad Nadschi al-Utri zurück und am 21. April hob Assad den seit 1963 in Kraft befindlichen Ausnahmezustand auf. Im Mai und Juni wurde zwei Amnestien für politische Gefangene erlassen, für Januar 2012 eine dritte.

Im Juni/Juli 2011 kündigte die Regierung einen „Nationalen Dialog“ an, der von der Opposition jedoch als „Showveranstaltung“ abgelehnt wurde. Außerdem billigte die Regierung Ende Juli einen Gesetzesentwurf, der die Gründung von politischen Parteien erlaubt. Unterdessen ging die Gewalt gegen die Demonstrationen aber ungebremst weiter; schon im Mai wurde von 1000 Todesopfern gesprochen. Im Juli 2011 beteiligten sich an einem Tag bis zu 3 Millionen Menschen an Protesten gegen das Regime. Auch später im Juli zählten Demonstrationen in einzelnen Städten mehrere hunderttausend TeilnehmerInnen.

Seit Beginn des syrischen Frühlings im März 2011 haben sich in nahezu jeder syrischen Stadt lokale Bürgerkomitees gegründet. Sie sind die Hauptträger der zivilen Demonstrationen. Die Zusammensetzung der Komitees ist dabei regional sehr unterschiedlich. So sind alle gesellschaftlichen und Altersschichten, alle Religionsgemeinschaften und Ethnien, Männer wie Frauen vertreten. Ungefähr die Hälfte der rund 300 lokalen Komitees hat sich in zwei großen Netzwerken zusammengeschlossen, den Local Coordination Committees of Syria (LCC) und der Syrian Revolution General Commission (SRGC). Die Netzwerke geben den Protesten eine Stimme nach außen und sorgen durch ihre intensive Pressearbeit dafür, dass die Welt von dem Geschehen in Syrien erfährt. Beide Netzwerke bekennen sich zum gewaltlosen Widerstand gegen die Diktatur und legen ihre Aktionen entsprechend an.

Auf nationaler Ebene gibt es zwei Zusammenschlüsse, die einen Führungsanspruch anmelden: Den Syrian National Council SNC, dessen Sprecher der 67-jährige Burhan Ghalioun, ein in Paris an der Sorbonne lehrender Sozialwissenschaftler ist, und das National Coordination Committee NCC unter der Leitung von Hassan Abdul Azim und anderen bekannten Dissidenten des Regimes. SNC und NCC setzten sich bislang für einen friedlichen Wandel ein und lehnten militärische Intervention von außen ab. Allerdings gibt es im SNC, der im Gegensatz zum NCC jeglichen Dialog mit dem Regime ablehnt, immer mehr Stimmen, die über die Forderung nach einer Flugverbotszone nach dem Beispiel Libyens nachdenken. Gänzlich zerstritten und uneins sind sich SNC und NCC in der Frage der Unterstützung der gewaltbereiten „freien syrischen Armee“. Während der SNC-Exilsprecher Ghalioun, dem die Autorität zu entgleiten scheint, die Bewaffnung der Aufständischen nach wie vor ablehnt, wird sie vom SNC vor Ort inzwischen gefordert.

Diese freie syrische Armee macht seit August 2011 zunehmend von sich reden, da sich immer mehr „Deserteure“ der regulären syrischen Armee in ihr zusammenschließen. Über ihre Stärke gibt es widersprüchliche Angaben; Medien sprechen von zwischen 1000 und 25000 Mann. Sie ist vor allem in der nordwestlichen Provinz Idlib, um die zentralen Städte Homs und Hama und um Damaskus herum aktiv. Anscheinend

stammt die Mehrzahl ihrer Ausrüstung von der Armee, dadurch, dass die Soldaten ihre Waffen mitbringen. Es gibt auch Informationen über Waffenhilfe aus der Türkei und dem Irak; gesichert scheint zumindest, dass die Nachbarländer Türkei, Libanon und Jordanien als Rückzugsgebiete genutzt werden. Sie verfügt (bislang) über keine schweren Waffen bzw. setzt diese nicht ein. Die Freie Syrische Armee sieht ihre Aufgaben in der Bekämpfung des Assad-Regimes und in dem bewaffneten „Schutz“ der zivilen Demonstrationen.



Der Rat der Europäischen Union verurteilt erstmals am 9. Mai 2011 das Vorgehen der syrischen Regierung gegen die DemonstrantInnen und beschließt Einreiseverbote gegen bestimmte Personen, Sperrung von Geldern und Finanzeinlagen sowie ein Waffenexportverbot. Die USA erlassen kurz darauf ähnliche Sanktionen. Am 3. August 2011 verurteilt der UN-Sicherheitsrat die Gewalt in Syrien und ruft alle Seiten zur Gewaltlosigkeit und Einhaltung der Menschenrechte auf. Erstmals verurteilt kurz darauf auch die Arabische Liga die Gewalt gegen DemonstrantInnen. Im selben Monat noch distanzieren sich die USA, Deutschland, Frank-

reich und Großbritannien in deutlicher Form von Assad und fordern seinen Rücktritt. In einer gemeinsamen Erklärung von Angela Merkel, Nicolas Sarkozy und David Cameron heißt es, Assad habe jede Legitimität verloren. Die EU verhängt am 3. September 2011 ein Ölembargo gegen Syrien.

Anfang November 2011 stellt die Arabische Liga einen Friedensplan auf, der vorsieht, nicht auf unbewaffnete DemonstrantInnen zu schießen, das Militär aus den Städten abzuführen und politische Gefangene freizulassen. Die syrische Regierung stimmt dem Plan zu, am Tag darauf kommt es aber wieder zu Toten, als auf DemonstrantInnen geschossen wird. Die Arabische Liga suspendiert Syrien daraufhin auf Antrag von Katar und Saudi-Arabien aus ihrer Mitte und kündigt Wirtschaftssanktionen an, die Ende November in Kraft treten: sie umfassen neben einem Stopp des Handels mit der syrischen Regierung und Zentralbank ein Reiseverbot für die Mitglieder der syrischen Regierung sowie das Einfrieren von Konten. Am 26. Dezember 2011 treffen die ersten fünfzig Mitglieder der Beobachtermission der Arabischen Liga in Damaskus ein. Sie umfasst schließlich 163 Mitglieder und wird von dem sudanesischen General Mustafa al-Dabi geleitet, der mehrere Jahre Befehlshaber im Kampf gegen Südsudan gewesen war. Die Arabische Liga beschließt am 22. Januar 2012 zunächst die Verlängerung der Beobachtermission um einen weiteren Monat trotz der Kritik an der Mission, setzt aber kurz darauf aus Protest gegen die Gewalt des Assad-Regimes ihre Beobachtermission mit sofortiger Wirkung aus.

Anfang Februar 2012 berät der UN-Sicherheitsrat über eine Resolution, die von den USA und der Arabischen Liga eingebracht wurde. Die Resolution enthält drei Hauptpunkte: den Appell, notwendige Schritte zu unternehmen, um den Fluss von Waffen nach Syrien zu stoppen; die Forderung an alle Seiten, die Gewalt sofort einzustellen und Verletzte von Menschenrechten zur Verantwortung zu ziehen; den Appell an Präsident Assad, seine Macht an einen Stellvertreter zu übergeben und freie Wahlen zuzulassen. Die Resolution scheitert schließlich am Veto von Russland und China.

Die Situation eskaliert daraufhin weiter. Besonders die Stadt Homs, von Anfang an eine der Hochburgen des Widerstands, wird zum Ziel des Versuches der Regierung, den Widerstand mit militärischen Mitteln zu brechen; die Opposition antwortet mit einem landesweiten Streikaufruf. Allerdings führt das Assad-Regime Anfang März 2012 auch eine, von der Opposition als Farce empfundene Volksabstimmung über eine neue Verfassung durch und hat nun für den 7. Mai 2012 Parlamentswahlen angekündigt.

3.

In der ganzen Zeit hat nur einmal am 14. Dezember 2011 die Verleihung des Sacharowpreises des EU-Parlaments an die Anwältin Razan Zeit-houne aus Damaskus, die aus dem Untergrund heraus eine prominente Rolle in den lokalen Bürgerkomitees spielt, eine deutliche Position der Unterstützung für die gewaltfreie Bewegung zum Ausdruck gebracht. Ansonsten beschränkt sich die offizielle westliche Politik zum größten Teil darauf, in scharfmacherischer Weise die Gräben zu vertiefen. Besonders augenfällig wurde das auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar vorgeführt, die die emotionale Bühne für die Interpretation des Ergebnisses der parallel stattfindenden Abstimmung über die o. g. Resolution im UN-Sicherheitsrat abgab. Nicht einmal vor der Inanspruchnahme des, als Aufruf zur Beseitigung des Assad-Regimes mit allen Mitteln fehlgedeuteten Votums der jemenitischen Friedensnobelpreisträgerin Tawakkul Karman schreckte man zurück, deren Leistung aber gerade in der gewaltfreien Eindämmung des Konflikts in ihrem Heimatland und dem Offenhalten von Gesprächsbereitschaft besteht, die schließlich zum Amtsverzicht des jemenitischen Präsidenten führte. Tatsächlich ist wohl keine der diplomatischen Stimmen, die die Eskalation der Gewalt gegen die Zivilbevölkerung beklagen, wirklich am Schutz von Menschenleben interessiert. Stattdessen betreiben Saudi-Arabien und Katar, von den direkten Nachbarn die Türkei eine geradlinige Politik der Isolierung des Regimes und der Stärkung der Aufständischen, die die Dialogverweigerung zementiert, eine Verhandlungslösung verunmöglicht und nicht einmal mehr Raum für einen Waffenstillstand lässt.

Eine treibende Kraft ist dabei der Fernsehsender Al-Jazira, der in den letzten Jahren zu einer westlichen Maßstäben am ehesten entsprechenden, „modernen“ und so angesehenen wie einflussreichen Stimme geworden ist, die die Aufstände des arabischen Frühlings intensiv medial begleitet. Es darf aber nicht übersehen werden, dass er naturgemäß den Standpunkt seines Arbeitgebers, des Emirs von Katar vertritt und propagandistisch die Bewaffnung der Aufständischen fordert. Außerdem steht Al-Jazira den Muslimbrüdern nahe (NZZ, 14.3.12).

Was Saudi-Arabien, Katar und die Türkei zu ihrer Parteinahme veranlasst, ist ganz offensichtlich der Gegensatz der Glaubensrichtungen von Sunna und Schia, der einmal mehr seine alte Sprengkraft beweist und für politische Ziele neu instrumentalisiert wird. Einen Vorgeschmack gaben und geben die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Irak. Nun bricht der Gegensatz in Syrien auf, wo die schiitischen Alawiten bzw. Nusairier die politische Elite, die Sunniten die Bevölkerungsmehrheit stellen. Als Ziel zeichnet sich ab eine Schwächung bzw. Unterbrechung des Zusammenhalts des von Libanon über Syrien, Irak und Iran bis Bahrain reichenden sog. schiitischen Halbmonds. Bezeichnenderweise findet der schiitische Aufstand in Bahrain keine Unterstützung durch das sunnitische Machtzentrum in der arabischen Liga.

Ganz schwer zu beurteilen ist, aus welchen Motiven heraus eine syrische Bürgerin/ ein syrischer Bürger sich an welcher Stelle wie entscheidet. Versprechungen, Aufstachelung, Zorn, Empörung, Angst, Sorge können die Triebkräfte dazu sein, ob jemand sich den bewaffneten Aufständischen anschließt, im eigenen Umfeld weiterhin für den Erhalt von Gewaltfreiheit eintritt oder sich gar schützend oder beschönigend hinter das Regime stellt. Der ehemalige CDU-MdB Jürgen Todenhöfer, der für eine unabhängige Position bekannt ist, gewinnt vor Ort durch seine syrischen GesprächspartnerInnen ein recht differenziertes Bild. Und wir haben Äußerungen des melkitischen Patriarchen Gregorios III. von Antiochia mit Sitz in Damaskus, der in einem Interview mit dem Tagesspiegel die Lage in Syrien als im Großen und Ganzen ruhig und stabil bezeichnet und das Assad-Regime für die Gewalteskalation nur bedingt in der Verantwortung sieht. Mit der Schlagzeile „Und die Welt schaut zu“ macht

es sich eine Zeitung wie „Die Zeit“ sicher zu einfach, erst recht wenn sie als alternativen Präzedenzfall und Vorbild für angemessenes Handeln Libyen oder die Kriegsdrohungen gegen Iran anführt.

4.

Wie nun als Friedensbewegung reagieren? Wie anfangs gesagt, haben wir es mit einer neuen Dimension der Inanspruchnahme unseres Engagements zu tun, mit den Unwägbarkeiten einer revolutionären Freiheitsbewegung, die sich im arabischen Raum seit einem Jahr unmissverständlich kundtut. Wir haben uns teilweise selbst den Vorwurf zu machen, dass wir uns zu wenig um die seit Jahrzehnten andauernden autokratischen Verhältnisse in der Region gekümmert haben und uns im Grunde lange gut damit arrangieren konnten. Freiheitsbewegungen kommen, weil es



um ein so hohes Gut geht, irgendwann an den Punkt, wo sich die Gewaltfrage stellt. Und dieser Punkt kehrt nun von Land zu Land in immer atemberaubenderer Geschwindigkeit wieder. Mit der Gewaltfrage sollte sich die zivilgesellschaftliche und Friedensbewegung an sich nicht aus-

einanderzusetzen haben, hat sich hier aber doch immer wieder im Sinne von Bonhoeffers *status confessionis* bekennen müssen: manche mögen sich an die umstrittene Unterstützung des ANC in Südafrika durch die ökumenische Bewegung erinnern, die zumindest die Duldung von Waffengewalt bedeutete.

Zunächst zweifeln viele, dass es das Verlangen nach Freiheit ist, das die Menschen antreibt. Hintermänner wie George Soros werden der Einflussnahme verdächtigt, selbst wenn er wie in Tunesien und Ägypten Trainingsprogramme in gewaltfreier Aktion finanziert, und materielle Interessen, allen voran der jeweilige Ölreichtum eines Landes, werden, teilweise sicher zurecht, als die eigentlichen Beweggründe für solche als fremdgesteuert wahrgenommenen „orangen“ Revolutionen vermutet.

Als nächstes geraten wir in die Versuchung, in Aktionismus zu verfallen und uns Aufrufen von Kampagnen wie *avaaz* oder *Adopt a revolution* anzuschließen. *avaaz* hat sich in den Augen unserer Kommission durch die Forderung nach der Flugverbotszone in Libyen, was auf die Luftangriffe der NATO hinauslief, disqualifiziert. Über die Beteiligung an der von BSV, Bewegungsstiftung u.a. getragenen *Adopt a revolution* haben Pax Christi International und Deutschland nachgedacht, sich aber wegen Unklarheiten im Aufruf dagegen entschieden, obwohl *Adopt* den Vorzug geboten hätte, dass sie mit den lokalen Bürgerkomitees in Syrien Kontakt halten.

IKV Pax Christi Niederlande nimmt wie so oft eine gesonderte, pragmatische Position ein, indem sie sich, bei allem Einsatz für Gewaltfreiheit und Deeskalierung, eine „pragmatische Anwendung militärischer Instrumente zum Schutz der Zivilbevölkerung“ vorstellen kann. Sie gibt sich dabei möglicherweise der Illusion hin, die Zielsetzung, die Zivilbevölkerung zu schützen, und die Unterstützung des bewaffneten Widerstands trennen zu können. Aber auch Pax Christi NL kann auf ein Regionalbüro in Jordanien zurückgreifen und ist mit ihren Erkenntnissen näher dran als viele andere. („Syria Alert V“-Brief vom 22. Febr. 2012).

Im selben Brief wird übrigens sehr zutreffend konstatiert, dass die Gründung der Gruppe „Freunde Syriens“ durch die westlichen Regie-

rungen einen klaren Verlust an Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der UNO bedeutet. Der Mangel an Vertrauen in diplomatische Lösungen ist zum Symptom der Erwartungen an die Politik geworden nicht nur im Syrienkonflikt. Saudi-Arabien und Katar, die Wortführer innerhalb der Arabischen Liga, nahmen dementsprechend bei deren Beobachtermission Anfang 2012 von Beginn an eine wenig konstruktive Haltung ein und ließen sie zu einem frühen Zeitpunkt scheitern.

Die westlichen Medien greifen die Verachtung der diplomatischen Bemühungen bereitwillig auf, selbst was die Erfolgsaussichten des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan angeht. Dass Kofi Annan jetzt eingesetzt wird, lässt allerdings Rückschlüsse zu auf die interne Einschätzung, welchen Ausgang die Auseinandersetzung nehmen wird. Es ist wohl einigen Verantwortlichen klar geworden, dass es anders als in Libyen keinen schnellen Sieg der Aufständischen geben wird und die Rückkehr zur Diplomatie entgegen den derzeit gängigen zwischenstaatlichen Gepflogenheiten das Gebot der Stunde ist.

Auch die Sanktionen könnten für einmal ihren eigentlichen, nicht zwangsläufig zu einem militärischen Einsatz führenden Zweck erfüllen, nämlich die ökonomischen Möglichkeiten und das Geschäftsleben Syriens so weit zu schädigen, dass wie in Ägypten das Militär Assad des Amts enthebt.

Mit dem Beharren auf der Forderung einer diplomatischen Lösung liegt die Friedensbewegung sicher richtig. Genauso wichtig ist es, sich auf die Seite der Flüchtlinge zu stellen, die sich vor dem Bürgerkrieg in Sicherheit bringen konnten. Die Anliegen der arabischen Bevölkerungen lassen sich auch in unserem eigenen Alltag ernstnehmen, sei es mit der *occupy*-Bewegung, sei es auf den kommenden Ostermärschen. Ansonsten bleibt in der tagespolitischen Diskussion die Option der Gegenrede zu den offiziellen Medien, eine Gegenrede, mit der ich als Pax Christi-Mitglied den Pfeiler Information der drei traditionellen Pax Christi-Pfeiler Information - Gebet - Aktion umsetzen kann.

Eine persönliche Meinung und ein Versuch, zwischen dem zustimmenden Reflex auf Freiheitsbestrebungen und der Sorge um Gerechtigkeit ohne Gewalt Orientierung zu finden. Wie sollten ChristInnen übrigens nicht

kompetent über Revolution mitreden können - bestand die eigentliche, wichtigste Revolution der Weltgeschichte doch in der Wegwälzung (Revolution) des Steins vom Grab!

Christof Grosse ist Sprecher der Kommission „Friedenspolitik“ von PAX CHRISTI

Mathias John

Waffen statt Menschenrechte:

Aufrüstung in Nordafrika und im Nahen Osten

Einleitung

Weder die seit Jahrzehnten andauernden Menschenrechtsverletzungen in den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens noch das hohe inner- und zwischenstaatliche Konfliktpotenzial in der Region haben bis in die jüngste Vergangenheit staatliche und private Lieferanten von Rüstungstransfers für diesen äußerst lukrativen Markt abgehalten: Praktisch ohne jede Skrupel wurde die Region mit allen Gütern versorgt, die die Arsenalen moderner Waffentechnik hergeben, einschließlich ganzer Produktionsan-



lagen und der für die Rüstungsproduktion notwendigen Lizenzen. Ergänzt wurde diese „hardware“ dann auch noch um Überwachungselektronik sowie um Ausbildung für Militär und andere Sicherheitskräfte. Mit

dem Ausbruch des „Arabischen Frühlings“ Anfang 2011 versuchten die Regime dann mit genau diesen Waffen, die Proteste zu unterdrücken – zu beobachten bis heute bei den immer wieder aufflammenden Demonstrationen beispielsweise in Ägypten oder bei der systematischen militärischen Unterdrückung in Syrien.

Dimensionen der Aufrüstung

Der weltweite Rüstungshandel unterliegt grundsätzlich einer strikten Geheimhaltung, so dass genauere Zahlen und Daten über die tatsächlichen Lieferungen und deren Empfänger weitgehend fehlen. Die vorliegenden offiziellen Daten verschleiern die tatsächliche Dimension des Waffenhandels häufig und auch wissenschaftlichen Bemühungen gelingt es nur bedingt, mehr Transparenz zu schaffen. Im Abgleich mit den offiziellen Zahlen können zumindest Anhaltspunkte für die Größenordnungen und Trends beim Handel mit konventionellen Großwaffen offen gelegt werden, und schon diese Ergebnisse sind erschreckend. Dabei bleiben Transfers von Kleinwaffen und leichten Waffen, aber auch von so genannten Dual-use-Gütern (militärisch oder zivil nutzbare Güter), die Bereitstellung von Produktionslizenzen oder Know-how, Ausbildungshilfen und andere Aspekte der Rüstungszusammenarbeit und militärischen Unterstützung weitgehend im Dunkel.

Dies betrifft auch die Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens. Allerdings zeigen die verfügbaren Indikatoren, dass diese Staaten große Abnehmer sind. Nach der Statistik des schwedischen Friedensforschungsinstituts *SIPRI* gingen zwischen 2007 und 2010 rund 13% der weltweiten Lieferungen von Großwaffensystemen an Ägypten, Algerien, Bahrain, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libyen, Marokko, Oman, Saudi-Arabien, Syrien, Tunesien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Angesichts dieser Dimension erstaunt es nicht, wenn sich alle Staaten der Region (außer Katar) im gerade veröffentlichten Globalen Militarisierungsindex (*GMI*) 2012 des Bonner Internationalen Konversionszentrums (BICC) unter den ersten 40 dieser Militarisierungsrangliste wiederfinden. [1]

In einem *Bericht* [2] vom Oktober 2011 hat Amnesty International untersucht, wer die Hauptwaffenlieferanten für Nordafrika und den Nahen

Osten sind und dabei ihr Augenmerk vor allem auf solche Kategorien von Rüstung gerichtet, die nach den Beobachtungen der Menschenrechtsorganisation besonders bei Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden. Untersucht wurden Rüstungstransfers an die fünf Staaten Ägypten, Bahrain, Jemen, Libyen und Syrien, in denen besonders heftige Auseinandersetzungen, begleitet von massiven Menschenrechtsverstößen stattfanden. Erfasst wurden die Lieferungen von so genannten Kleinwaffen und leichten Waffen, Maschinenkanonen und Geschützen, Munition, Bomben und Granaten, von militärischen Fahrzeugen ein-



schließlich Schützenpanzern und Kampfpanzern sowie Tränengas und anderen chemischen Reizstoffen [3]. Die wichtigsten Lieferstaaten, die an mindestens zwei der untersuchten Staaten Rüstungslieferungen dieser Kategorien genehmigten, sind in der folgenden, dem Bericht entnommenen Übersicht dargestellt.

Ägypten	Bahrain	Jemen	Libyen	Syrien
Belgien	x	x	x	
Bosnien & Herzegowina	x		x	
Bulgarien	x	x		x
Deutschland	x	x	x	x
Finnland	x		x	
Frankreich	x	x	x	x
Großbritannien	x	x		x
Italien	x	x	x	x
Niederlande	x		x	
Österreich	x	x	x	x
Russland	x		x	
Schweiz	x		x	
Serbien	x		x	
Slowakei	x		x	
Spanien	x		x	
Tschechische Republik	x		x	
USA	x	x		x

Deutschland ist wichtiger Lieferant für die untersuchten Staaten, genehmigt darüber hinaus aber auch für fast alle anderen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens Lieferungen für nahezu das gesamte Spektrum von Waffensystemen und Munition. Dass deutsche Rüstungsmaterialien dann auch bei innerstaatlichen Konflikten und für Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden, scheint dabei billigend in Kauf genommen zu werden. Von 2005 bis 2010 genehmigte Deutschland Rüstungstransfers im Wert von insgesamt rund 305 Mio. Euro an Ägypten, Bahrain, Jemen und Libyen, darunter waren Lieferungen für die oben genannten Kategorien im Umfang von rund 95 Mio Euro.

Unter den deutschen Genehmigungen finden sich besonders bedenkliche für Kleinwaffen und Munition, so zwischen 2007 und 2010 für Lieferungen von Maschinenpistolen an Ägypten, Jordanien, Oman, die Ver-

einigten Arabischen Emirate, Katar, Bahrain und Kuwait. Insbesondere Saudi-Arabien ist guter Kunde der deutschen

Kleinwaffenproduzenten und erhält seit Jahren große Mengen Schnellfeuerwaffen, zudem wurde der Aufbau einer kompletten Schnellfeuerwaffenproduktion mit deutschen Lizenzen genehmigt, was das Risiko der Weiterverbreitung solcher Waffen nochmals erhöht.

Ein weiterer kritischer Export betrifft erneut Saudi-Arabien – der EADS-Konzern errichtet dort unter Beteiligung deutscher Bundespolizei für Ausbildungsaufgaben ein „Grenzsicherungssystem“ mit Überwachungstechnik, die Berichten zufolge nicht nur auf die unmittelbaren Grenzen beschränkt ist. Gerade angesichts der verbreiteten Unterdrückung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Saudi-Arabien besteht das hohe Risiko, dass Überwachungstechnologie für Menschenrechtsverletzungen missbraucht wird.

Trotz einer solchen für die Menschenrechte äußerst gefährlichen Genehmigungspraxis, die weder restriktiv noch verantwortlich ist, soll die Bundesregierung Anfang Juli 2011 die Lieferung von rund 200 modernsten Leopard-Kampfpanzern an Saudi Arabien genehmigt haben, eine angesichts latenter Konflikte in der Region, der Beteiligung Saudi Arabiens an der Unterdrückung der Proteste in Bahrain und andauernder Menschenrechtsverletzungen im Lande inakzeptable Entscheidung. Einmal mehr zeigt die Bundesregierung, dass Menschenrechte bei ihren Rüstungsexportgenehmigungen nur nachrangig berücksichtigt werden.

Skandalös ist zudem, dass sich die Bundesregierung weigert, diese geplanten Waffengeschäfte zumindest zu bestätigen – geschweige denn, dass



sie bereit wäre, Einzelheiten bekannt zu geben und über die Einbeziehung von Menschenrechtsgesichtspunkten bei der Abwägung Rechenschaft abzulegen. Und nicht zuletzt ist es ein katastrophales Signal für die Region, wenn Deutschland gerade autoritäre Staaten, die keine Anstalten zur Verbesserung der Menschenrechtssituation machen, mit milliarden-schweren Waffenlieferungen weiter aufrüstet und damit womöglich noch die Aufrüstungs-spirale in der Region weiter anheizt.

Schlussfolgerungen

Der Bericht von Amnesty zeigt erneut in aller Deutlichkeit, wie immer weitere Waffenlieferungen den Teufelskreis aus Militarisierung, Konflikteskalation und Repression verstärken, der immer zu systematischen und schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen führt.

Angesichts dieser Entwicklungen zeigt sich nochmals sehr deutlich, dass die internationale Gemeinschaft in der Pflicht ist, endlich angemessene Rahmenbedingungen für strikte Rüstungs-exportkontrollen zu schaffen. Die Anwendung bisheriger Regelungen reicht nicht aus. Zu oft werden bei Rüstungsexportentscheidungen Menschenrechte, das humanitäre Völkerrecht sowie mögliche negative Auswirkungen auf die sozioökonomische Entwicklung nur nachrangig berücksichtigt, obwohl Regelungen wie der Gemeinsame Standpunkt der EU für Exportkontrollen von Militärtechnologie und Militärgütern andere Möglichkeiten böten. Es müssen daher endlich weltweit umfassende verbindliche Standards für die Kontrolle von Rüstungstransfers eingeführt werden. Ein Schritt dahin wäre ein weltweit gültiges, verbindliches Waffenhandelsabkommen (Arms Trade Treaty, ATT), für das sich Amnesty International mit anderen Nichtregierungsorganisationen seit 2003 einsetzt. Die aktuellen Entwicklungen in Deutschland zeigen aber auch, dass die Bundesregierung endlich ihre Genehmigungspraxis ändern muss – sie muss alle Rüstungstransfers verbieten, die Menschenrechte gefährden, über ihre Entscheidungskriterien öffentlich Rechenschaft ablegen und alle Transfers umfassend offenlegen. Dazu sollte sie auch ein transparentes System der Risikoabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte einführen, wie es Amnesty International in dem genannten Bericht vorgeschlagen hat.

Mathias John ist Sprecher der Arbeitsgruppe „Wirtschaft, Rüstung und Menschenrechte“ der deutschen Sektion von Amnesty International

Anmerkungen

[1] Fact Sheet: Der Globale Militarisierungsindex 2012 des BICC, Januar 2012

[2] Arms transfers to the Middle East and North Africa – lessons for an effective arms trade treaty (Amnesty International 10/2011, Index: ACT 30/117/2011)

[3] Im Rahmen der Untersuchung wurde auf öffentlich zugängliche Quellen zurückgegriffen (bspw. u. a. Rüstungsexportberichte der EU und der einzelnen EU-Staaten und UN-COMTRADE-Daten). Für die EU-Staaten wurden grundsätzlich Genehmigungswerte der Kategorien ML1, ML2, ML3, ML4, ML6 und ML7 der gemeinsamen Militärgüterliste der EU genutzt, für andere Staaten wurden, soweit verfügbar, vergleichbare Kategorien erfasst.

Aus: DAKS-Kleinwaffen-Newsletter - Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 01/2012 Nr. 76

IKV PAX CHRISTI

Syria Alert Ausgabe V, 22. Februar 2012 Wege aus der Gewalt suchen

Seitdem der UN-Sicherheitsrat eine Resolution zur Unterstützung der Initiative der arabischen Liga für Syrien anfangs Februar wählte, hat die Gewalt in Syrien zugenommen. Die syrische Regierung interpretierte



das russische und chinesische Veto als „Carte blanche“, um den Aufstand mit Gewalt zurück zu drängen. Seit damals sind hunderte Zivilisten zusätzlich zu den tausenden, die schon vorher gestorben sind, getötet worden.

In diesem politischen Schreiben „Syria Alert V“ empfiehlt IKV Pax Christi, den Schwerpunkt auf den Schutz der Zivilbevölkerung in Syrien und auf die De-Eskalierung der Gewalt am Ort und in der Region zu setzen.

Die Internationale Gemeinschaft sollte insbesondere:

1. technische, finanzielle und moralische Unterstützung für die gewaltlosen Kräfte geben, die ein demokratisches Syrien für alle seine BewohnerInnen fördern;
2. politisches Engagement aller relevanten Mitspieler, einschließlich China und Russland suchen, indem Damaskus dazu gedrängt würde,

UN-Beobachtern der Menschenrechte den Zutritt zu gestatten und einen politischen Weg aus der Krise zu finden;

3. alle möglichen nichtmilitärischen Instrumente einsetzen, um die Zivilbevölkerung Syriens zu schützen und die Option für pragmatische Anwendung militärischer Instrumente zum Schutz von Zivilisten nicht ausschließen.

1. Unterstützung der gewaltlosen Kräfte der Veränderung

Gemeinsam mit vielen aus der Internationalen Gemeinschaft sind wir entsetzt über das skrupellose Töten von Zivilisten. Leider scheint es keine Perspektive auf ein kurzfristiges Ende des Leidens des syrischen Volkes zu geben. Auch langfristig steht sehr zu befürchten, dass ein bewaffneter Aufstand oder sogar eine militärische Intervention aus dem Ausland zu einer ausgedehnten Periode von Gewalt und Instabilität führen wird. Zu bemerken ist jedoch, was sich hinter den derzeitigen Gewalttaten tut: es sind rund 300 lokale Koordinierungskomitees aktiv, die zum großen Teil ihre Aktivitäten auf gewaltlose, nicht sektiererische und inklusive Art weiterführen. Diese Komitees organisieren Tag für Tag gewaltlose Proteste an hunderten Orten in ganz Syrien, und ihre TeilnehmerInnen kommen aus allen religiösen und ethnischen Hintergründen. Die gewaltlosen Kräfte sind diejenigen, die Toleranz, eine vielförmige Gesellschaft, Menschenrechte und Versöhnung propagieren. Diese Kräfte jetzt gegen die Übel der Gewalt zu unterstützen ist eine entscheidende Investition in die Zukunft eines demokratischen und friedlichen Syrien, in dem alle Bürger gleich sind, unabhängig von Religion oder Ethnie.

- Die EU sollte für die gewaltlose Erhebung moralische, praktische, finanzielle und technische Unterstützung geben, zum Beispiel an Gruppen der lokalen Koordinierungskomitees.
- Die EU sollte den Dialog mit dem Syrischen Nationalrat aufnehmen, um eine Road Map zur inklusiven Demokratie, zu Bürgerrechten, gesetzlichen Regelungen zu entwickeln und die Rechte für alle religiösen und ethnischen Gemeinschaften für ein Syrien nach Assad sicher zu stellen. Umgekehrt sollte die EU eine tragfähige Unterstützung

für deren Verwirklichung anbieten, wenn die Zeit gekommen ist. Ein klares Signal des Syrischen Nationalrates, dass seine Vision für die Zukunft auf diesen Prinzipien beruht, ist ein lebenswichtiges Signal für diejenigen, die eine ausschließende, sektiererische Agenda der Opposition befürchten.

2. Vorstellung einer politischen Lösung

Seit dem russischen und chinesischen Veto im UN-Sicherheitsrat haben die Rufe nach einer militärischen Intervention sowohl von innerhalb von Syrien wie auch von außen zugenommen. Die Schaffung einer Gruppe „Freunde Syriens“ signalisiert, dass der Westen seine Hoffnung in die UNO aufgegeben hat. Diese Teilung hat den internationalen Einfluss und



die Chancen auf einen politischen Weg aus der Krise sehr geschwächt. Alle Anstrengungen sollten jetzt auf die Bildung einer internationalen Koalition zur De-Eskalierung der Situation und der Schaffung von Raum für eine politische Lösung gerichtet werden. Weiche Sanktionen gegen leitende Figuren im syrischen Regime anzustreben würde ein Weg sein, um mehr Druck auf die Annahme diplomatischer Initiativen

zu setzen, aber die EU sollte sicher stellen, dass diese Sanktionen keine syrischen Bürger verwunden, besonders die verletzlichsten Gruppen der Gesellschaft.

- Es sollten Anstrengungen von Seiten der EU und anderen Ländern des Westens gemacht werden, um Russland und China in eine internationale Koalition zu bringen, die daran arbeitet, die Gewalt zu beenden und eine politische Lösung herbei zu führen. Die erste Priorität ist die De-Eskalierung der Situation. Druck auf Syrien, UNO-Menschenrechtsbeobachter zu akzeptieren, wäre ein Instrument, dies zu tun;
- mit dem Syrischen Nationalrat und anderen Oppositionsgruppen an einer konkreten Road Map Schritt für Schritt zu arbeiten, um ein Machtvakuum in der Übergangsphase auszuschließen oder zu minimalisieren und das Fundament für eine inklusive Demokratie zu legen, die auf Menschenrechte und Regelungen durch das Gesetz aufgebaut ist.
- Sanktionen sollten speziell nur dort angewandt werden, wo sie gezielt leitende Persönlichkeiten des syrischen Regimes treffen. Sanktionen, die die Verletzbarsten treffen, sind zu unterbleiben. Die EU sollte die Wirksamkeit ihrer Sanktionspolitik gegen Syrien extern evaluieren, um zu klären, ob die Lektion gelernt wurde.

3. Schutz der Zivilbevölkerung

Die Internationale Gemeinschaft hat die Verantwortung, die syrische Zivilbevölkerung jetzt zu schützen, da die syrische Regierung offensichtlich dies nicht kann oder nicht will. Das sollte die zentrale Annäherung an die Situation in Syrien sein. Seit die Gewalt gegen Zivilisten dramatischere Proportionen annimmt und einen Aufschrei rund um die Welt annimmt, nehmen Rufe nach militärischer Intervention zu.

Rufe nach „humanitären Korridoren“, „sicheren Zonen oder „Pufferzonen“ werden zu viel in Zusammenhang mit einer militärischen Lösung geäußert, und vermischen die Zielsetzung, die Zivilbevölkerung zu schützen, mit der Unterstützung des bewaffneten Widerstands bis hin zu einem Regimewechsel. Zu diesem Zeitpunkt ist eine militärische

Intervention weder durchführbar noch hilfreich für das erste Ziel, den Schutz der Zivilbevölkerung. Deshalb empfohlen wird folgendes:

- Die EU sollte nach einer Veranlagung und dem Einbau aller machbaren nichtmilitärischen Instrumente in den Rahmen der Vereinten Nationen drängen, die zum Schutz der Zivilbevölkerung beitragen. Diese sollten beinhalten die Einrichtung einer ständigen diplomatischen Präsenz in Syrien, die Ausweitung der Präsenz von Menschenrechtsbeobachtern, das Sammeln von Fakten über Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schweren Menschenrechtsverletzungen, und das verantwortliche Festhalten dieser Fakten.



- Die EU sollte Nachbarstaaten ermutigen, ein sicheres Refugium für Syrer, die vor der Gewalt fliehen, bereitzustellen. Die EU sollte diese Länder bei ihren Bemühungen, Flüchtlingen Schutz zu gewähren, großzügig unterstützen. Die EU sollte auch die Pläne des Internationalen Roten Kreuzes um humanitäre Unterbrechungen unterstützen, um die Auslieferung von humanitären Gütern in die betroffenen Gebiete Syriens nach besten Möglichkeiten sicher zu stellen. Durch

Akteure wie Russland und die Arabische Liga sollte Damaskus unter Druck gesetzt werden, um für Flüchtlinge einen sicheren Übergang in benachbarte Länder zu ermöglichen.

Stefan Leibold

„Die Menschenrechte stehen nicht unter Terrorismusvorbehalt“ –

Anmerkungen zum Wort der deutschen Bischöfe „Terrorismus als ethische Herausforderung“

Am 5.9. 2011 veröffentlichten die deutschen Bischöfe eine Verlautbarung mit dem Titel „Terrorismus als ethische Herausforderung. Menschen-



würde und Menschenrechte“. Anlass der Veröffentlichung war der zehnte Jahrestag des Terroranschlags vom 11.9. 2001. Dass das Papier eine gemeinsame Verlautbarung aller Bischöfe ist und nicht nur bspw. von einer der Kommissionen herausgebracht wurde, zeigt den hohen Stellenwert der Verlautbarung (wenn auch Erzbischof Zollitsch bei der öffentlichen Vorstellung nicht anwesend war).

Im eröffnenden Geleit werden die seit dem 11.9. 2001 veränderten weltweiten Konstellationen angesprochen. In der Tat hat die Welt seitdem die Kriege gegen den Irak und

Afghanistan erlebt, westliche Staaten haben einschneidende Sicherheitsgesetze erlassen, der „Kampf der Kulturen“ wird beschworen, in den USA gibt es das Folterlager Guantanamo, in Deutschland hat es heftige Debatten zur Rechtmäßigkeit der Folter, zur Legitimität von Flugzeugabschüssen usw. gegeben. Angesichts der Entwicklungen will die Verlautbarung eine Bilanz der „Politik gegen den Terrorismus“ ziehen, und zwar auf der Grundlage „kirchlicher Friedensethik, die immer eine Ethik des Rechts ist“. Somit stehen Rechtsfragen im Papier auffällig stark im Vordergrund. Es finden sich kaum theologische Argumentationen, die Verlautbarung

wirkt in weiten Teilen wie ein juristischer Text. Dies ist aber gewollt: Der Text will nicht von vorn anfangen und kirchliche Friedensethik „neu erfinden“, sondern versteht sich als Fortschreibung des Friedenswortes „Gerechter Friede“ aus dem Jahr 2000. Dieses Dokument wird zum Verständnis der neuen Verlautbarung vorausgesetzt und behält aus



Sicht der Bischöfe seine Gültigkeit, angesichts der nicht vorherzusehenden Terroranschläge wird es quasi „auf den neuesten Stand gebracht“. So heißt es gleich im ersten Kapitel zum Stellenwert von „Gerechter Friede“: „Diese Charta kirchlicher Friedensethik bleibt

weiterhin gültig. Ihre wesentlichen Einsichten sind nicht überholt. Nach wie vor geht es uns darum, den Vorrang der Gewaltprävention vor dem Einsatz gewaltförmiger Mittel zur Geltung zu bringen, militärische Gewaltmaßnahmen als ultima ratio zu verstehen und für den weiteren Auf- und Ausbau einer internationalen Rechts- und Friedensordnung zu werben“ (Seite 20).

Zentrale Fragestellungen im Papier sind:

Entsprechen die Entwicklungen der zurückliegenden Jahre dem Auftrag des Rechts, der Eindämmung und Überwindung von terroristischer Gewalt zu dienen? Wie kann ein Denken in Freund-Feind-Gegensätzen überwunden, ein „Kampf der Kulturen“ vermieden werden? Wie kann eine freiheitliche Gesellschaft Sicherheit gewähren und gleichzeitig ihren freiheitlichen Charakter bewahren? Bewahren oder erweitern die getroffenen Maßnahmen den Freiheitsraum, der in den Menschenrechten zum Schutz der Menschenwürde beschrieben ist? (vgl. Seiten 11 und 19). Auf der Grundlage der Friedens- und Rechtsethik will die Kirche einen

„Kompass“ an die Hand geben, nicht aber alle Detailfragen erschöpfend beantworten.

In einem **ersten Kapitel** wird ein „Problemaufriss“ vorgestellt, der den Anschlag des 11.9. und die Reaktionen darauf beschreibt, sowohl die Kriege gegen Afghanistan und den Irak als auch die neue nationale Sicherheitsstrategie der USA. Während als Ziel der USA im Irak die „Umgestaltung des Irak unter demokratischen, rechtsstaatlichen und



marktwirtschaftlichen Vorzeichen“ (Seite 15) genannt wird, sucht man Hinweise auf wirtschaftliche Motive wie Ressourcensicherung z. B. von Öl vergebens. Am Ende des Kapitels wird Terrorismus allgemein definiert als „gewalttätige Akte gegenüber unbeteiligten Zivilpersonen oder Dritten ..., die Angst und Schrecken unter der Bevölkerung verbreiten oder Regierungen zu Handlungen oder zum Absehen von Handlungen bewegen sollen“. Diese Definition ist allerdings sehr grob und passt in ihrer Offenheit zu vielen historischen Ereignissen vom Putsch in Chile bis zum Krieg gegen Afghanistan. Dieses Kapitel ist vermutlich das schwächste der Verlautbarung.

Im **zweiten Kapitel** rückt die Bekämpfung des Terrorismus in den Fokus. Der Vorrang der Gewaltprävention im Umgang mit Konflikten wird festgehalten und betont, dass er auch operationalisiert werden, Konsequenzen auf politischer, rechtlicher und institutioneller Ebene haben müsse. Wichtiger als alle Maßnahmen der Terrorbekämpfung sei die Beseitigung der Ursachen terroristischer Gewaltbereitschaft. Der Maßstab für die zu treffenden Maßnahmen sei, wie weit diese sich kontraproduktiv auswirken und mit welchem politischen und moralischen Preis sie verbunden seien. Als Legitimitätsgrundlage der Terrorbekämpfung sehen die Bischöfe den Schutz der Menschenwürde und die Garantie von Menschenrechten an.

Diese gälten universal und ließen sich nicht kulturbedingt relativieren. Weil Menschenrechtsschutz und Gewaltprävention in dieser Sicht so eng gekoppelt sind, kommt es darauf an, „menschenrechtssichernde Rahmenbedingungen herbeizuführen – innerhalb von Staaten wie international“ (Seite 34). Dazu gehören nicht nur formale Gesetze, sondern auch politische, soziale und ökonomische Voraussetzungen. Viele Länder litten an einem „Syndrom der Unterentwicklung“. Internationale Solidarität gebiete es, solidarische Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Unterernährung, die Errichtung effizienter sozialer Sicherungssysteme, die Zurückdrängung von Korruption, Verbesserungen im Bildungsbereich usw. zu ergreifen. Hier wird auch die „Ermöglichung von Wachstum in Entwicklungsökonomien“ genannt, mit dem offenbar die vorher genannte „Unterentwicklung“ bekämpft werden soll. Es ist schon auffällig, dass die Bischöfe hier (auch) einer entwicklungspolitischen Modernisierungsstrategie das Wort reden, die in der internationalen Diskussion seit

langem als unzureichend erkannt wurde. Dass man Gewaltprävention durch strukturelle Änderungen erreichen will und nicht nur durch das Einklagen von Menschenrechten, ist aber zu begrüßen. Sehr wohlthuend ist die Ablehnung des „Zusammenpralls der Kulturen“ und der



geschürten Islamfeindlichkeit. So schreiben die Bischöfe: „Vor allem darf nicht eine Gleichsetzung muslimischer Glaubensüberzeugungen mit kaum eingeschränkter Gewaltbereitschaft nahegelegt werden“ (Seite 35). Eine Mehrheit der Moslems lehne Terror ab. Es müsse ernst genommen werden, dass sich Moslems durch das Verhalten des Westens gedemütigt fühlten. Die Bischöfe betonen, „dass man sich in jedem religiös begründeten Aufruf zu Feindschaft und Hass missbräuchlich auf Offenbarungswahrheiten beruft“ (Seite 36).

Nachdem dieser Bogen abgesteckt worden ist, geht es im **dritten Kapitel** um das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit im Rechtsstaat. Staatliche Sicherheitspolitik stehe im Dienst der Freiheitsrechte. „Erst in der Bindung an die Freiheitsrechte gewinnt das staatliche Gewaltmonopol rechtsstaatliche Qualität (Seite 38). Menschenrechtliche Verbürgungen könnten aber miteinander und mit dem Sicherheitsauftrag des Staates in Spannung geraten. Menschenrechte seien Aushandlungsprozessen also nicht insgesamt entzogen. Für einige Menschenrechtsnormen bzw. Kernbereiche des Rechts gelte dies aber nicht, z. B. sei das Folterverbot unantastbar. Einschränkungen durch den Rechtsstaat müssten nach der Maßgabe der Verhältnismäßigkeit einem legitimen Zweck gelten und geeignet, erforderlich und angemessen sein. Die Bischöfe halten fest: „Dort, wo Einschränkungen von Menschenrechten prinzipiell möglich sind, bestehen gleichzeitig inhaltliche und institutionelle Sicherungen, die dafür sorgen sollen, dass solche Einschränkungen nicht den Wesensgehalt der jeweiligen Menschenrechte tangieren und dass sie insgesamt in einem vertretbaren Rahmen sowie in ihren Auswirkungen kontrollierbar bleiben“ (Seite 39). Ein *Menschenrecht auf Sicherheit* könne es nicht geben. Der Begriff sei zum einen zu eng: Der Staat habe die Aufgabe, *alle* Rechte zu sichern/zu schützen; der Sicherungsauftrag stehe nicht als separater Rechtsanspruch neben diesen. Zugleich sei der Begriff zu weit, es bestehe die Gefahr, dass die Sicherheit sich aus ihrer funktionalen Zuordnung zu den Freiheitsrechten löse und zum Selbstzweck werde. Das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit sei aber eines von „Mittel und Zweck“, nicht von konkurrierenden politischen Zielsetzungen. Sicherheitspolitik hätte in diesem Verständnis sonst einen eigenen Sinn neben den Freiheitsrechten. Genau diesen habe sie aber nicht. Sicherheitspoli-

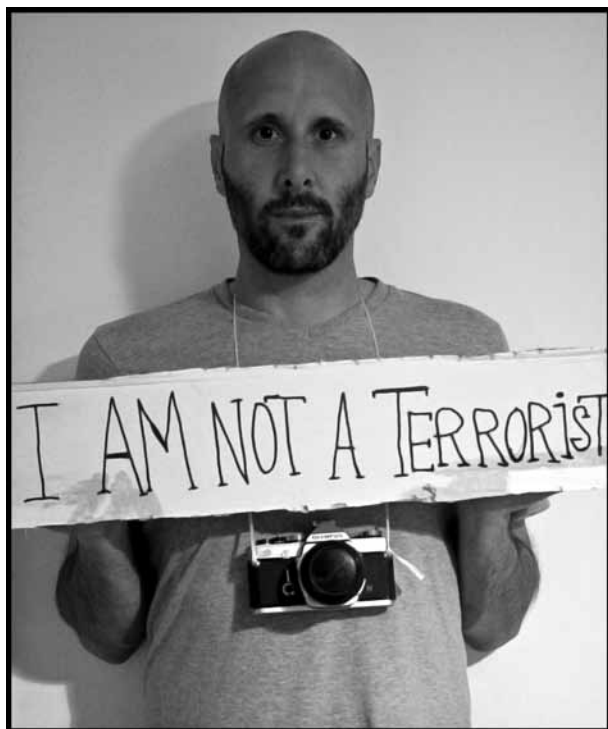
tische Maßnahmen, so die Bischöfe, müssten immer konkret aufzeigen, dass sie mit den Freiheitsrechten vereinbar sind. Der Rechtsstaat sei in seiner Rückbindung an die Menschenwürde „zugleich institutioneller Ausdruck gesellschaftlicher Solidarität, insofern die Freiheit aller – und insbesondere die Freiheit von Marginalisierung und Diskriminierung strukturell bedrohter Minderheiten – durch ihn Anerkennung und Schutz findet“ (Seite 42 f.). Das Solidaritätsprinzip der katholischen Soziallehre wird hier in origineller Weise auf den Bereich des Rechtsstaats ausgeweitet. Der Preis der Freiheit muss in der Sicht der Bischöfe von der ganzen Rechtsgemeinschaft, die als Solidargemeinschaft konzipiert ist, getragen werden. Die Sicherheit der Mehrheit darf nicht auf Kosten einer marginalisierten Minderheit gehen. Die Option für die Armen wird in diesem Zusammenhang quasi zu einer „Option für die rechtsstaatlich Armen“ – das ist in der Tat originell.

Im **vierten Kapitel** werden exemplarische Debatten der Innenpolitik aufgegriffen. Die Ergebnisse, zu denen die Bischöfe gelangen, seien kurz zusammengefasst:

Das *Folterverbot* gelte absolut, auch im Kampf gegen mutmaßliche Terroristen. Dies liege am spezifischen Charakter der Folter. Der Gefolterte soll hierbei sein Gebrochenwerden bewusst erleben. Er wird „Zeuge seiner eigenen Verdinglichung zu einem vollends manipulierbaren Bündel von Schmerz, Angst und Scham“ (Seite 46), sein Achtungsanspruch werde vollständig, systematisch und absichtlich negiert.

Das *Luftsicherheitsgesetz* von 2005, das ermöglichen sollte, ein Passagierflugzeug, in dem sich Terroristen befinden, abzuschießen, wurde nicht nur vom Bundesverfassungsgericht für unzulässig erklärt, sondern wird auch von den Bischöfen skeptisch beurteilt. Ein Mensch, von dem weder ein Unrecht noch eine Gefahr ausgehe, dürfe nie *direkt* getötet werden. Es gibt aber einen ethischen Streit darüber, ob die *indirekte* Tötung von Zivilisten in einem entführten Flugzeug legitim sein könne. Die Tötung der Passagiere, so die entsprechende Argumentation, erfolge indirekt und könne deshalb als erlaubt gelten. Abgesehen davon, dass die Ethiker sich in diesem Punkt nicht einig waren, verweisen die Bischöfe auf zahlreiche Unsicherheiten der Situationseinschätzung: Wurde das

Flugzeug wirklich entführt? Könnten die Passagiere die Terroristen überwältigen? Welches Inferno richtet ein Flugzeugabsturz am Boden an? Die Bischöfe enthalten sich eines abschließenden Urteils, was etwas überraschend ist, weil ihre eigene Argumentation m. E. letztlich auf ein klares „Nein“ zum „Luftsicherheitsgesetz“ heraus läuft.



Die Kategorie des *Feindstrafrechts*, wie sie in Guantanamo unter dem Begriff des „unlawful combatant“ für die Inhaftierten angewendet wird, wird abgelehnt, weil sie den Stellenwert von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten grundsätzlich in Frage stellen würde. Auch Terroristen besitzen Menschenrechte, so die Bischöfe.

Die neu erlassenen *Sicherheitsgesetze* in Deutschland bewerten die Bischöfe skeptisch, sowohl die Eingriffe in die informationelle Selbstbestimmung (Videoüberwachung, Rasterfahndung, Vorratsdatenspeiche-

rung usw.) als auch im Bereich des Aufenthaltsrechts. Sie fordern einen „sorgsam, präzisen, schonenden und kontrollierbaren Umgang mit etwaigen Beschränkungen menschenrechtlicher Freiheit“ und dass die Betroffenen wenigstens im Nachhinein über Eingriffe informiert werden, um sich politisch und gerichtlich wehren zu können. Leider wird nicht thematisiert, dass die Eingriffe zur Abwehr von Terrorismus nur bedingt geeignet sind und möglicherweise ganz andere Ziele damit verfolgt werden. Zu fordern, man möge über die Aushebelung der Grundrechte zumindest nachträglich informiert werden, ist angesichts des hohen Stellenwerts, den die Bischöfe den Menschenrechten grundsätzlich zusprechen, äußerst defensiv.

Im **fünften Kapitel** befassen sich die Bischöfe mit der Weiterentwicklung des Völkerrechts angesichts der terroristischen Bedrohungen. Zwar sei die internationale Rechtsordnung durch den Terrorismus stark herausgefordert, die Idee des Rechts müsse aber in den internationalen Beziehungen präsent bleiben. Das Völkerrecht habe eine Ordnungs- und Friedensfunktion. Das universell geltende Gewaltverbot erfasse nicht private, einem Staat nicht zurechenbare Gewalt wie Piraterie und eben terroristische Anschläge. Diese fielen in den Zuständigkeitsbereich (grenzüberschreitender) polizeilicher Maßnahmen. In die Reichweite des völkerrechtlichen Gewaltverbots gelangen terroristische Anschläge in der Sicht der Bischöfe dann, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind. Erstens: Die Intensität der Anschläge muss der der kriegesischen Auseinandersetzung zwischen Staaten entsprechen; und zweitens: der terroristische Anschlag muss einem anderen Staat zurechenbar sein. Die letztere Bedingung ist, so stellen die Bischöfe fest, nach dem 11.9.2001 auf die „Duldung terroristischer Vorbereitungen auf dem eigenen Territorium“ ausgeweitet worden. Die Anschläge vom 11.9.2001 erfüllen aus Sicht der Bischöfe das erste Kriterium (was man m. E. mit guten Gründen bezweifeln könnte: entsprechen punktuelle Anschläge auch bei hohen Opferzahlen Kriegen zwischen Staaten? Welche Kriterien sollen gelten?), der Krieg gegen den Irak habe das zweite nicht erfüllt.

Die Bischöfe halten fest, dass Gewalt in der Bekämpfung des Terrorismus „nur als ultima ratio nach Erschöpfung aller polizeilichen Handlungsoptionen und nur unter sorgfältiger Analyse des Sachverhalts zur Anwendung

gebracht werden darf“ (Seite 59). Selbst wenn terroristische Anschläge, so die Bischöfe weiter, einem Staat zugerechnet werden könnten, ist militärische Gewalt nur im Falle der Selbstverteidigung und auf der Grundlage einer Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat legitim. Gewalt gegen Terroristen sei nur als *präventive Selbstverteidigung* denkbar. Diese sei prinzipiell legal, stoße aber in der asymmetrischen Konfliktsituation auf Schwierigkeiten. Man könne von ihr nur ausgehen, wenn es als höchstwahrscheinlich gelten kann, dass weitere Anschläge folgen werden. Dies sehen die Bischöfe beim Terror, der sich hauptsächlich gegen die USA und Israel richte, als gegeben an. Hier bestehe eine *Fortsetzungsabsicht*. Allerdings kritisieren die Bischöfe deutlich die Strategie der „präemptiven Selbstverteidigung“ der USA: „Eine Sicherheitsdoktrin, die für sich in Anspruch nimmt, das Selbstverteidigungsrecht zeitlich weiter vorzuverlagern, um auf Bedrohungen zu reagieren, die sich erst in weit entfernter Zukunft ereignen könnten (sog. preemption), lässt die Konturen des Gewaltverbots bis zur Unkenntlichkeit verschwimmen“ (Seite 61).

Der Krieg gegen Afghanistan wird in diesem Kapitel nicht erwähnt. Da nur für den Irakkrieg festgehalten wird, das Kriterium der Duldung von Terroristen sei dort *nicht* erfüllt gewesen, lässt sich vermuten, im Falle Afghanistans hielten die Bischöfe dieses Kriterium für erfüllt. Die beiden genannten Kriterien der hohen Intensität der Gewalt sowie der Fortsetzungabsicht gelten offenbar für Al Kaida und den 11.9. 2001, ob der Krieg gegen Afghanistan zur „präventiven Selbstverteidigung“ zählt (und damit nach den Kriterien der Bischöfe legitim wäre) oder nicht, bleibt offen. Dies wäre für die Leserinnen und Leser aber durchaus von Interesse gewesen.

Der *UN-Sicherheitsrat* soll nach Maßgabe des Rechts handeln und nicht nur den Anschein von Rechtlichkeit erwecken; verhängte wirtschaftliche Sanktionen müssten verhältnismäßig sein und dürften nicht zu einer Unterversorgung der Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln und Arzneimitteln führen (was bei den langjährigen Sanktionen gegen den Irak der Fall war, hier aber nicht expliziert wird). Besonders hohe Anforderungen sind an die Errichtung eines militärischen Regimes im Ausland geknüpft. Der militärisch besetzte Staat habe prinzipiell ein Selbstbestimmungsrecht.

Und, so die Bischöfe hellseherisch: „Möglicherweise liegt in der Beeinträchtigung des Selbstbestimmungsrechts schon der Keim für neuen Terrorismus“ (Seite 63).

Auch wenn die Genfer Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen auf Al Kaida-Kämpfer bspw. schwer anzuwenden sei, dürfe es unabhängig vom Status der Gefangenen nicht zur mehrjährigen Internierung ohne Strafverfahren kommen. Die Kategorie des „unlawful combatant“ sei nicht hinnehmbar. Die Relativierung der staatlichen Souveränität durch das neue Konzept der „Schutzverantwortung“ (Responsibility to Protect)¹, wird von den Bischöfen in Bezug auf das Völkerrecht positiv bewertet (und die Möglichkeit seines Missbrauchs nicht angesprochen), um dem eigentlichen Ziel des Völkerrechts, gerechtem Frieden und einem würdigen Leben für die Menschen, näher kommen zu können.

Die Menschenwürde, so die Bischöfe abschließend und zusammenfassend, gelte für alle Menschen: „Vielmehr ist auch der Terrorist ein von Gott geliebter Mensch, dessen Ebenbild und mit Würde begabt, der um seiner selbst willen Achtung verdient. Auch er ist grundsätzlich Träger von Menschenrechten. ...Die Menschenrechte und die Würde des Menschen stehen in der völkerrechtlichen Ordnung nicht unter einem Terrorismusvorbehalt“ (Seite 65).

¹ Das Konzept wurde 2005 formuliert und 2006 vom UN-Sicherheitsrat bestätigt. Das Massaker von Srebrenica (1995) hat den damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan veranlasst, eine völkerrechtliche Initiative zu starten. Nicht länger sollten die nationale Souveränität und das Prinzip der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten oberste Gültigkeit haben, wenn Bevölkerungsgruppen durch Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit gefährdet sind. Kofi Annan setzte einen Beschluss der UN-Vollversammlung (2005) durch, der die Verantwortung, Menschen zu schützen – responsibility to protect – der Staatengemeinschaft auferlegt. Der UN-Sicherheitsrat solle im Notfall berechtigt werden, die Entsendung von Truppen und die Anwendung von Gewalt zu genehmigen, um Menschen aus der tödlichen Bedrohung zu befreien. Das Konzept wird aber von der Friedensbewegung durchaus kritisch gesehen, weil sich damit Kriege, die aus anderen Interessen erfolgen, rechtfertigen lassen.

Insgesamt ist das Papier an vielen Stellen von einer wohltuenden Klarheit der Aussagen geprägt. Zwar könnte man sich wünschen, dass der ideologische Charakter des „Kampfes gegen den Terrorismus“ stärker herausgestellt wird, aber die Bischöfe stellen der herrschenden Politik ihre friedensethischen und -politischen Einsichten überzeugend entgegen. Gewaltprävention durch weltweite strukturelle Veränderungen; eine klare Abgrenzung gegenüber denjenigen, die den Islam als Feindbild aufbauen; Sicherheit allein im Dienst an den Freiheitsrechten; Rechtsstaatlichkeit als (internationale) Solidarität; Festhalten am absoluten Folterverbot; Gewalt gegen Terrorismus zwar als „ultima ratio“, aber die Betonung der Menschenwürde auch des Terroristen und auch in Guantanamo: aus der Sicht von Pax Christi finden sich m. E. viele gute Argumente, die man in aktuelle Debatten einspeisen kann. Auch bei der Bewertung von Ereignissen, die nicht explizit behandelt werden wie der außerlegalen



Tötung bin Ladens, lassen sich viele der Argumente anwenden. Letztere wäre bspw. mit Verweis auf die Menschenwürde bin Ladens und die Ablehnung der Kategorie des „unlawful combatant“ zu kritisieren. Eine genauere und realistische Analyse der Macht- und Militärpolitik der (westlichen) Staaten und ihrer Interessen, die keineswegs den Schutz von Menschen- und Freiheitsrechten aus sich selbst hervorbringen, sondern bestrebt sind, Rechte einzuschränken, wenn sie „lästig“ sind, könnte die Ausführungen der Bischöfe stärker erden. „Terror“ geht in der heutigen Zeit eben nicht hauptsächlich von islamischen Terroristen aus, sondern auch von norwegischen Einzeltätern, rechtsradikalen Zellen und im wesentlichen von der Politik der mächtigen Staaten, insbesondere der USA.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Verlautbarung viele wichtige Denkanstöße liefert; eine breitere Diskussion über ihre Argumente in den öffentlichen Debatten wäre zu wünschen.

Stefan Leibold arbeitet im Institut für Ethik und angrenzende Sozialwissenschaften der WWU Münster, er ist Vorsitzender der Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“ von PAX CHRISTI und arbeitet in der Redaktion der „Korrespondenz“ mit

Eberhard Ockel

Rezension zu Simon Sebag Montefiore: Jerusalem. Die Biographie, übers. von Ulrike Bischoff und Waltraud Götting, Frankfurt: S. Fischer 2011

Den Schutzumschlag überzieht ein mehrfarbiges Panorama der „heiligen Stadt“ und für Irritation sorgt die Titellankündigung: Wer kann einer Stadt biographisch beikommen? Bei einem Wälzer von 872 Seiten (davon weit



über 100 Seiten Nachweise, Anmerkungen und Karten) versteht sich ein Lesebändchen fast von selber. Denn wer sich vornimmt, diesen Wälzer durchzulesen ohne zu pausieren, wird von der Erfahrung widerlegt.

Hilfreich für die Wahl der Etappen sind die Zwischenüberschriften und auch die 9 Teile, denen 53 Kapitel zugeordnet sind. Um den zeitlichen Rahmen einzuschätzen: die romanhafte Geschichte beginnt um 1000 mit der legendenumwobenen Gestalt

König Davids und endet mit dem Sechstagekrieg und in einem Epilog mit einem Ausblick auf den hoffnungslosen „Friedensprozess“, der längst zur hässlichen Fratze der Willkür und Besatzung verkommen ist.

Man merkt dem Autor an, dass er dem Schicksal der Stadt sehr verbunden ist, was nicht besonders verwundert, wenn man feststellt, dass ein bedeutender Vertreter der Familie sich in besonderer Weise für die Stadt und für den Gedanken einer jüdischen Ansiedlung eingesetzt hat. Allerdings verführt ihn seine Begeisterung für das Schicksal der jahrtausendealten

Stadt an keiner Stelle dazu, seine distanzierte und um Objektivität bemühte Darstellung zu verraten.

Zudem gelingt es dem Autor, aufgrund seiner unendlich vielfältigen Dokumentation von Zeugnissen den interessierten Leser bei der Stange zu halten. Und er bleibt auf keine unausgesprochene Frage die Antwort schuldig: beinahe jede Seite enthält eine mehr oder minder umfangreiche Anmerkung, die auch jeden Querdenker zufrieden stellen dürfte, vielfach Quellenangaben in Zweifel zieht und die durch * im laufenden Text gekennzeichnet ist. Nicht nur von unglaublich aufwändiger Quellenarbeit,



sondern auch von guter Kenntnis der mindestens vier Sprachen, die die Recherche offensichtlich vorausgesetzt haben.

Das Vorwort setzt sich mit dem Klischee der Heiligkeit auseinander und deutet Kontroversen in der einschlägigen

Forschung an; auch gesteht der Autor ganz offen seine emotionale Bindung zu Jerusalem ein. Er erklärt, welche Entscheidungen er bei der Schreibung vor allem biblischer, aber auch arabischer Namen getroffen hat. Und ein Prolog fokussiert auf die Belagerung, Erstürmung und Zerstörung Jerusalems im Jahr 70 nach Christi durch den späteren Kaiser Titus. Der Leser bekommt einen ersten Eindruck von der Erzählweise, dem Engagement und der scheinbaren Authentizität der Geschehnisse. Damit liegt sowohl der Bezug auf die babylonische Eroberung von Jerusalem 600 Jahre früher nahe als auch der Bezug auf den Beginn der Niederschriften über das Leben Jesu.

Der Autor vertritt die Auffassung: diese römische Zerstörung markiere den Beginn der Heiligkeit Jerusalems.

Im ersten Teil: Judentum, in 13 Kapitel aufgeteilt, wird der Leser von der Welt Davids bis zu den jüdischen Kriegen über fast 200 Seiten hinweg geführt. Manchmal erscheint es erstaunlich, mit welcher Sicherheit der Autor biblische Zeugnisse als Grundlage für seine erzählerische Darstellung heranzieht. Vermutlich ist diese Entscheidung der besseren Lesbarkeit geschuldet, denn die Anmerkungen (753-812) verraten eine sehr intensive Auseinandersetzung mit der historischen Forschung, ebenso wie die umfassende Bibliografie (821-850). Und die hat ja bekanntlich besonders mithilfe von Ausgrabungen, Bild- und Schriftzeugnissen einige biblische Aussagen bestätigt.

Es wird dem Leser einiges zugemutet - allein die Namen umfassen im Register (851-872) mehrere 100 - und es wird wohl keinen Leser und auch keine Leserin geben, die das Buch wie einen Roman hintereinander durchliest. Die ersten Abbildungen - bezogen auf den gesamten ersten Teil - sind dem Teilkapitel Jesus von Nazareth eingegliedert (nach 160) und sind alle unpaginiert.

Dem zweiten Teil: Paganismus widmet er nur knapp 50 Seiten. Die Bezeichnung birgt eine Verunglimpfung der Römer, die als Heiden und als Bauerntölpel (pagani) verspottet wurden, zumal sie versuchten, die Erinnerung an die ruhmreiche Vergangenheit durch Tilgung des Namens Jerusalem auszulöschen. Die diesem Teil zugeordneten Abbildungen finden sich erst im fünften Teil: Kreuzzüge (nach 320).

Auch der dritte Teil: Christentum umfasst nur zwei Kapitel, in denen von der Hochblüte des byzantinischen Reichs bis zu seinem Untergang durch die Araber erzählt wird.

Ebenso bezieht sich der vierte Teil: Islam auf eine zeitlich zwar längere, aber durch die thematische Eingrenzung auf Jerusalem in nur vier Kapiteln dargestellte Ereignisfolge. Eröffnet wird er durch die legendenhafte Erzählung von Mohammeds Nachtreise nach Jerusalem. Und hier wird auch das eigentliche Faszinosum des Buches greifbar: es orientiert sich an Personen oder Geschlechterfolgen, die für die Entwicklung der Stadt bedeutungsvoll waren und suggeriert dem Leser damit eine fast unangenehme Nähe zum Geschehen.

Über beinahe 100 Seiten erstreckt sich der fünfte Teil: Kreuzzüge, der acht Kapitel umfasst. Hier gelingt es dem Autor in fast drastischer Deutlichkeit die Brutalität der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Arabern und Kreuzrittern“ zu schildern und ebenso in seiner Darstellung des Sultans Saladin dessen romantische Verklärung vor allem durch Lessings „Nathan der Weise“ zurechtzurücken. Immerhin erweist sich Saladin als großer Baumeister Jerusalems und Begründer der heiligen Stätten der Muslime.

Von einer nur relativ kurzen Episode erzählt der sechste Teil, Mamelucken überschrieben. Sklaven-Soldaten, das bedeutet dieser Begriff, putschten gegen ihre Herren, übernahmen die Macht und begründeten für kurze Zeit eine wechselvolle Herrschaft in Jerusalem.



Der siebte Teil: Osmanen erzählt in drei Kapiteln vom Glanz und Niedergang eines großen vorderasiatischen Reichs, das auch Jerusalem mit Beschlag belegt. Süleyman der Prächtige vereinigte den Balkan, den vorderen Orient und Ägypten in seinem Reich und ließ sich Padischah (Kaiser) nennen. Er selbst sah sich als zweiten Salomo; kein Wunder,

das seine Regierungszeit von vielen Legenden überwuchert ist. Er hat den von Pogromen verfolgten Juden in Jerusalem eine Heimstatt gewährt und ihnen freien Zugang zur Klagemauer eröffnet. Auch begründet seine Zeit die massive Präsenz der Franziskaner in Jerusalem.

Zunehmend Pilger aus anderen Weltteilen besuchen die Stadt und vor allem hier blüht der Endzeitglaube und hier geben sich Messiasse ein Stelldichein. Prominentester Pilger ist Napoleon, der den Wettlauf der Weltmächte um Jerusalem provoziert und Teil acht: Imperialismus einleitet.

Wiederum 8 Kapitel umfassend, verfolgt der Teil den Einfluss der europäischen Großmächte auf Jerusalem und benennt ihre Spuren, die sich vor allem in Architektur, zeitweilig aber auch in der Machtübernahme niederschlagen. Napoleon wird verdrängt von den Engländern, Albaner und Evangelikale spielen eine vorübergehende Rolle und an letzter Stelle stehen Angehörige des russischen Fürstenhauses. Die Anziehungskraft auf christliche oder jüdische Politiker gründet immer wieder in der Weissagung, dass das jüngste Gericht in Jerusalem gehalten wird.

Der umfangreichste Teil - trotz seiner zeitlichen Kürze - ist der neunte mit dem Titel Zionismus. Vermutlich wird der enorme Umfang (527-700) auch durch die vielen vorliegenden Zeitzeugnisse und -zeugen erzwungen, zumal hier sogar Familiennachrichten hineinspielen dürfen: Einem aktiven Mitspieler auf der politischen Bühne zugunsten der Rückkehr-Idee der Juden ins Heilige Land ist ein Vorfahr des Autors, Moses Montefiore, der sein großes Vermögen zugunsten armer jüdischer Immigranten einsetzt. Einem arabischen Entertainer und Oud-Spieler, Wasif Jawhariyyeh, wird sogar ein eigenes Kapitel gewidmet: er hat bis in die Vertreibung (Nakhba) hinein Tagebuch geführt, das leider nie übersetzt wurde.

Der deutsche Kaiser wird für die Zionismus-Idee eingenommen, setzt sich aber als eigentlich überzeugter Antisemit nicht dafür ein; allerdings stiftet er etliche Kirchenbauten in Jerusalem. Nach Lektüre des Teils hat man den Eindruck, dass vorwiegend politische Abenteurer(innen) aus unterschiedlichen Motiven sich der Sache Jerusalems verschreiben. Auch

hier wird wieder ein Abbildungsteil (nach 560) eingeschoben, der den Text verlebendigt und erstmals überwiegend Fotomaterial nutzt.

Vieles aus der jüngeren Vergangenheit der Stadt erklärt für mich Beobachtungen, die ich während 10 Oktobertagen 2011 im Rahmen einer Gruppenreise gemacht habe. Offenbar haben sich Araber und Juden nach dem Abzug der Engländer gegenseitig an Brutalität nichts vorzuwerfen; und auch der Sechstagekrieg 1967 wird in die vorderasiatische Gemengelage eingeordnet.

Der Epilog listet die vielen Versuche auf, im Nahen Osten zu einer friedlichen Koexistenz oder einer Zwei-Staaten-Regelung zu gelangen, und macht implizit die Verzweiflung des Autors über die bisherige Vergeblichkeit der international unterstützten Bemühungen deutlich.

Eine positive Bilanz verdient das Riesenwerk allemal: Es bietet eine spannende und interessante Lektüre und vermittelt den Eindruck des ehrlichen Maklers zwischen unwissendem Leser und historischen Abläufen. Man blickt jedenfalls anders auf Jerusalem - nach der Lektüre.

Prof. em. Eberhard Ockel ist Mitglied der SprecherInnengruppe Münster und Mitglied der Redaktion der „Korrespondenz“

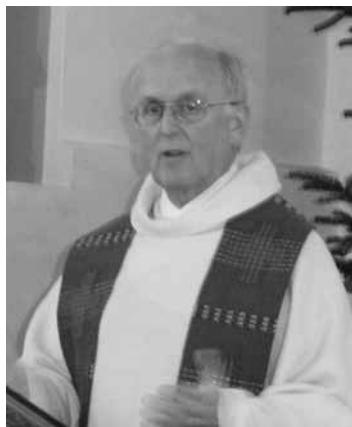
Bernhard Lübbering

Ansprache beim Friedensgottesdienst von Pax-Christi am 14. Januar 2012 in der Gastkirche Recklinghausen

Lesungen: 1 Sam 3,3b-10.19 und Joh 1,35-42

Vor einigen Wochen wurde ich als Notfallseelsorger gerufen. Was ich dort erlebt habe, half mir, das Geheimnis der Menschwerdung, das wir Weihnachten gefeiert haben, tiefer zu verstehen.

In einer Familie war Schreckliches passiert. Ich kam zu dem Haus. Die Polizei empfing mich und sagte: „Zwei Familienmitglieder sind bereits im Krankenhaus. Die Frau wollte Sie eigentlich sprechen. Dem Mann, einem Rentner, der noch in der Wohnung ist, tät sicherlich ein Gespräch gut.“



Begleitet von der Polizei ging ich zur Wohnungstür. Der Mann öffnete. Ich stellte mich vor: „Pfarrer Lübbering“. „Mit Kirche und Gott habe ich nichts zu tun!“ war die spontane schroffe Antwort. Ich war überrascht und total verunsichert. Dann kam mir – ich denke von oben – das Wort über die Lippen: „Sie sind ein Mensch und ich bin ein

Mensch. Wir können doch miteinander sprechen.“ „Das stimmt – kommen Sie herein!“ Ich ging in die Wohnung, die Polizei verabschiedete sich, und ich hatte mit dem Mann ein für mich erschütterndes Gespräch. „Sie sind ein Mensch und ich bin ein Mensch!“ Das sagt uns Gott durch Jesus von Nazareth und schafft so eine Möglichkeit zur Kommunikation zwischen ihm und uns Menschen.

Was für Kommunikation von fundamentaler Bedeutung ist: das Zuhören. „Rede, Herr, dein Diener hört!“ (1 Sam 3,9) gibt der alte Eli als Anweisung an den jungen Samuel, der sich mit diesem Wort bald darauf auch Gott stellt. Im Evangelium heißt es von den beiden Jüngern, die zu Johannes kamen: „Sie hörten sein Wort und folgten Jesus.“ (Joh 1,37). Aus diesem Hören entsteht Bewegung: die Jünger gehen zu Jesus. Danach geht Andreas zu seinem Bruder Petrus und berichtet ihm. Als er das hört, geht er mit Andreas zu Jesus. Bewegung aus dem Hören.



Jesus wird uns im Lukas-Evangelium als Hörender vorgestellt. Als Jugendlicher blieb er im Tempel zurück und da heißt es: „er saß mitten unter den Lehrern, hörte ihnen zu und stellte Fragen“ (Lk 2,46).

Das Leitwort für den Weltfriedenstag 2012 heißt: „Die Jugend lehrt und lernt Gerechtigkeit und Frieden.“ Die Jugend lehrt... dann müssen wir als Erwachsene doch wohl zuhören. Ich habe mich gefragt, wann und wo höre ich von Jugendlichen, die Gerechtigkeit und Frieden lehren? Vier Gruppen junger Menschen sind mir eingefallen. Was sie mir, was sie uns sagen können, möchte ich mit vier Zeichen verbinden: einem Stein, einem Schuh, einem Geldschein, einer Kerze.

Ein Stein

Er bezieht sich nicht auf eine Gruppe Jugendlicher, sondern erinnert an eine Erfahrung, die Astrid Lindgren von einer Mutter erzählt: Ihr kleiner Sohn hatte etwas getan, wofür er ihrer Meinung nach eine Tracht Prügel verdient hatte, die erste in seinem Leben. Sie trug ihm auf, in den Garten zu gehen und selber nach einem Stock zu suchen, den er ihr dann bringen sollte. Der kleine Junge ging und blieb lange fort. Schließlich kam er weinend zurück und sagte: „Ich habe keinen Stock finden können, aber hier hast du einen Stein, den kannst du ja nach mir werfen.“ Da aber fing auch die Mutter an zu weinen, denn plötzlich sah sie alles mit den Augen des Kindes. Sie nahm den Sohn in die Arme und legte den Stein als ständige Mahnung auf ein Bord in der Küche.



Was uns Kinder, die Jesus ja in die Mitte stellte (vgl. Mk 9,36), lehren: die Welt mit ihren Augen zu sehen und sich so zu orientieren. Von „Orientierung am Kinde“ spricht Heinrich Spaemann. Kinder können uns Gerechtigkeit und Frieden lehren.

Ein Schuh

Als Präsident Mubarak sein Amt nicht aufgeben wollte, schwenkten junge Leute ihre Schuhe und skandierten „Hau ab, hau ab!“ Dieses Schwenken ist ein gewaltloses Zeichen des Zornes. Junge Leute lehren uns, mutig gegenüber denen aufzutreten, die mit Ungerechtigkeit, Lüge und Menschenverachtung das Volk terrorisieren. Müssen wir da nicht mitmachen, denn wir glauben doch an den Gott, der – wie

es im Magnificat heißt – „Mächtige vom Thron stürzt und Reiche leer ausgehen lässt“ (Lk 1,52.53)?

Ein Geldschein

„Geld regiert die Welt!“ heißt es und das trifft heute in unserer globalisierten Welt total zu. Darüber wird gestöhnt und diskutiert. Doch seit dem 17. September 2011 gibt es eine Bewegung, die das öffentlich anprangert. Die Occupy-Bewegung von New York ausgehend, hat inzwischen mehrere große Finanzorte erreicht und will nicht länger die Gier und Korruption von 1 Prozent der Bevölkerung hinnehmen. Lehrt uns die Jugend mit dieser prophetischen Aktion nicht das, was Jesus sagt: „Ihr könnt nicht beiden dienen, Gott und dem Mammon“ (Mt 6,24)?

Eine Kerze

Zu Silvester-Neujahr 2011/2012 gab es in Berlin das große Europäische Jugendtreffen, initiiert von der Brüdergemeinschaft von Taizé. 30.000 Jugendliche und junge Erwachsene trafen sich, nicht um eine Mega-Silvester-Fete zu feiern, sondern um in Begegnung, Gespräch und Gebet sich auf den Weg zu einer neuen Solidarität zu begeben. Aus ganz Europa hatten sich die jungen Leute auf den Weg gemacht – wie damals die Apostel –, sie blieben nicht in Resignation und Kritik an der Kirche zu Hause am warmen Ofen sitzen. Sie ließen sich von Frère Alois fragen: „Wir sind an einem Moment der Geschichte angelangt, an dem es darum geht, die Botschaft der Liebe und des Friedens neu zu beleben. Werden wir alles tun, damit sie von Missverständnissen befreit wird und in ihrer ursprünglichen Einfachheit erstrahlt?“



Für diese spirituelle Fragestellung und Haltung werden beim Gebet Kerzen angezündet, womit die Jugendlichen uns den Weg zur Quelle l e h r e n, aus der wir Kraft schöpfen können, um unser Christsein in der Welt von heute zu praktizieren.

Zum Schluss stellt sich die Frage: Schenken wir den jungen Leuten Gehör? Werden uns ihre Botschaften erreichen, unsere Herzen und Hände bewegen? Vielleicht müssen wir wie Gertrud von le Fort vor vielen Jahren einmal in einem Gebet sagen:

„Herr, es liegt ein Traum von dir in meiner Seele,
aber ich kann nicht zu dir kommen,
denn alle meine Tore sind verriegelt.“
Vielleicht sind doch einige Türchen oder Hintertürchen offen. Damit aber alle weit geöffnet werden, können wir beten:
Herr, wenn du vor meinen verschlossenen Toren stehst
dann lauf nicht weg.
Ich bitte dich, bleibe und warte.
Du kennst meine Angst und Ohnmacht,
du kennst aber auch meine Sehnsucht.
Komm, Herr, erfülle mich mit deinem Geist.

PAX CHRISTI-Mitglied Bernhard Lübbering ist Pfr. em. in Recklinghausen, war dort viele Jahre Rektor an der Gastkirche und leitete das Gasthaus

Christine Kilanowski

„...sind auch Freude und Hoffnung der Jünger Christi (gaudium et spes)“

Studientag am 21. Januar 2012 in der LVH Freckenhorst



Was erwarteten wohl die 30 Teilnehmer/innen an diesem Tag? (Viele von ihnen waren keine PC-Mitglieder).

Der Referent, Prof. Hermann Steinkamp, entfaltete in freier Rede (!) seine Gedanken zu dem oben genannten Konzilsdokument, das als letztes beim 2. Vatikanum veröffentlicht wurde.

Zunächst stellte der Referent fest, dass dieses Konzil nicht Fragen der Dogmatik, sondern der Pastoral verhandelte und dies insbesondere im Blick auf die Armen, Bedrängten und Notleidenden.

Hier lenkte Prof. Steinkamp den Blick auf Lateinamerika mit seiner revolutionären, neuen Praxis der Befreiungstheologie.

Der Referent erinnerte an den Katakombenpakt, in dem sich zu Ende des Konzils 40 Konzilsbischöfe gegenseitig versprochen, eine dienende und arme Kirche leben zu wollen. Später haben sich weltweit 500 Bischöfe dieser Selbstverpflichtung angeschlossen. (Viele der heute Anwesenden werden sich wohl an die Tagung vor zwei Jahren erinnert haben, als Pfarrer Norbert Arntz über dieses Thema sprach).

Im Gegensatz dazu erleben wir hier eine wohlhabende Freizeitkirche.

Die Frage der Schriftgelehrten an Jesus: Wer ist mein Nächster? löste nach der Pause eine lebhafte Debatte aus: Compassion, Empathie,

Wahrnehmung. Dies waren nur einige Begriffe, die die Teilnehmer/innen bewegten.

Festzustellen ist, dass unsere Gemeinden die Aufgaben für die im weitesten Sinne Armen an Caritas und Diakonie delegiert haben. Letztlich aber ist es eine Frage der Gerechtigkeit. Dies bedeutet allerdings Umkehr: neues Denken, neuer Lebensstil.

Beruhigend war die Aussage des Referenten, der klar stellte: Du brauchst und kannst nicht allen helfen, du musst angerührt werden.

Wir reflektierten weiterhin die beiden Bibeltexte vom „Guten Vater“ (meistens genannt „Vom verlorenen Sohn“) und den „Emmausjüngern“. Hier die Frage: Wie erkennen Christen die Wahrheit des Lebens? Was trägt mich?

Welt und Kirche kann man nicht trennen.

Einige weitere Thesen und Aussagen mögen erhellen, wie der Fortgang der Tagung bei lebhafter Aussprache war:

„Kirche ist nicht für sich da, sondern für die Menschen“

„Tödliche Gefahr: Trennung von Liturgie und Diakonie“

(moderne Plausibilität: Arbeitsteilung)

L.A.: Die ganze Kirche ist Reich-Gottes-Arbeit.

Das Kerngeschäft der deutschen Kirche: Sakramente und Sakramentalien, verbunden mit Hierarchie.

„Es gibt genug Priester, sie sind nur noch nicht alle geweiht“ (Karl Rahner).

„Kirche ist Instrument des Reiches Gottes, sie ist nicht heilig“.

„Der Maßstab ist Jesus. Wir müssen den Mann von Nazareth zum Recht kommen lassen“.

Gott ist ein Tätigkeitswort.

Ein Wortgottesdienst, vorbereitet von Annette Paschke und Hermann Steinkamp, rundete die Gedanken des Tagungsthemas in Texten und Liedern in besonders guter Weise ab.

In seiner Ansprache zum Bibeltext „Selig seid ihr, wenn euch die Menschen für verrückt erklären...“ vertiefte Prof. Steinkamp die Thematik des Tages.

Christine Kilanowski ist PAX CHRISTI-Mitglied in Münster

Hermann Steinkamp

„... sind auch Freude und Hoffnung der Jünger Christi“ (gaudium et spes)

Mit-Betroffenheit und Compassion

Der berühmte erste Satz der Konstitution „gaudium et spes“ (GS) des II. Vaticanums ist wohl der meistzitierte des Konzils überhaupt, und zwar deshalb – so vermute ich – weil er in kaum zu überbietender Prägnanz die Programmatik des ‚Pastoral-konzils‘ formuliert: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, insbesondere der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi“.



Dieser Satz hat eine ebenso breite wie folgenlose Zustimmung gefunden: dem angesichts unterschiedlichster

theologischer Positionen und Pastoral-konzepte atemberaubenden Konsens steht das Faktum seiner spärlichen Auswirkungen in der Praxis der katholischen Kirche gegenüber.

Die hier berichteten Erfahrungen und Überlegungen dokumentieren einen Versuch, diese Diskrepanz zu verstehen. Sie soll anhand von drei Sektoren der kirchlichen Praxis erörtert werden, in denen die Programmatik unzweifelhaft und in besonderer Weise relevant ist: Caritas/ Diakonie,

Sozialpastoral und Gemeinde. Die drei Sektoren lassen sich nur analytisch unterscheiden: in der Praxis der Kirche überschneiden sie einander bzw. sind teilweise identisch.



In diesen drei Praxisfeldern durfte ich im Laufe von 40 Jahren vielfältige, mein theologisches Denken prägende Erfahrungen sammeln, die auch meine Arbeit als Hochschullehrer weitgehend bestimmt haben. Einen vierten Schwerpunkt meiner Tätigkeit an und außerhalb der Universität will ich im gleichen Atemzug nennen: das Phänomen und die (religions-)pädagogische Bedeutung der Dynamik kleiner Gruppen. Dieses Handlungsfeld ist zwar unter dem Aspekt der Wirkungsgeschichte

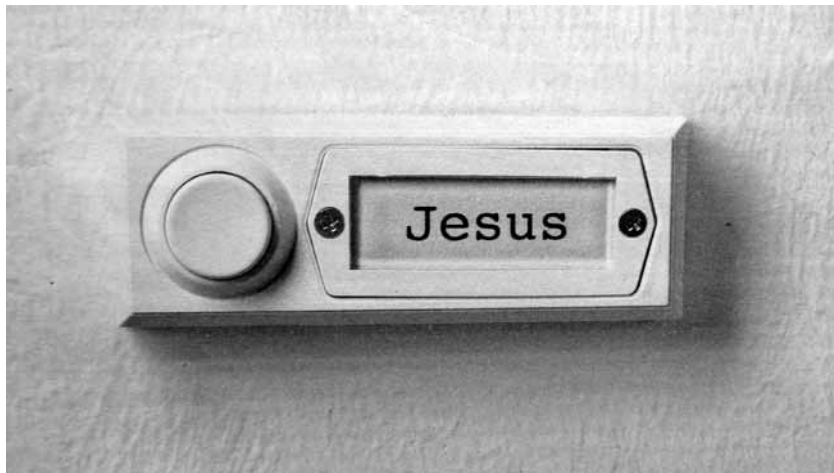
des Konzils kaum relevant, wohl aber, was einen mir besonders wichtigen Inhalt von GS 1 betrifft: Mit-Betroffenheit und Compassion. In der Arbeit mit Gruppen, insbesondere in Lern-Settings, die gezielt die Dynamik des Miteinander studieren,

spielt Mitfühlen (Empathie) eine derart zentrale Rolle, wie mir dies erst im Zuge der Beschäftigung mit dem Phänomen Compassion bewusst geworden ist. Umgekehrt beginne ich, die Tragweite der Programmatik von ‚gaudium et spes‘ erst aus diesem Blickwinkel zu errahnen.

Meine These lautet, dass die Diskrepanz zwischen der breiten Zustimmung zum ersten Satz von GS auf der einen und seiner 'gebrochenen' Wirkungsgeschichte auf

der anderen Seite nicht zuletzt in der unterschiedlichen Auslegung und Rezeption des Halbsatzes begründet liegt, der im Titel dieses Textes erscheint: „...sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi“.

Die gängige Interpretation betont die Verbundenheit der Christen mit allen Menschen, mit denen sie das alltägliche Leben, seine Freuden und Hoffnungen teilen, mit denen sie auch Trauer und Ängste verbinden. Von diesem Alltag der Menschen muss jegliche Pastoral, jede Programmatik kirchlichen Handelns ihren Ausgangspunkt nehmen, nicht von theologischen Wahrheiten und abstrakten Zielen: darauf zielt die breite Zustimmung. Und darauf, dass der Zweck der Kirche nicht sie selbst ist, sondern das Reich Gottes.



Der Satz lässt sich aber auch noch anders verstehen bzw. seine Aussage über die Beziehung zwischen den Christen untereinander und zu anderen Menschen anders akzentuieren. Diese Auslegung betont das *Teilen* (von Freuden, Hoffnungen, Ängsten usw.), die Mit-Betroffenheit von der

Not anderer: Compassion wird zur Grundform, zum Grundgestus des Miteinander. Die Verbundenheit mit anderen wird dadurch konkretisiert, über ihre bloße Feststellung hinaus wird sie zur Herausforderung für den Glauben und zum Orientierungspunkt für das Handeln der Christen.

Diese Deutung stützt sich auf die konstitutive Bedeutung des Einschubs, sie nimmt die entscheidende Konkretisierung ernst „...insbesondere der Armen und Bedrängten aller Art“. Weil nämlich zwar auch viele Christen zu diesen Armen und Bedrängten gehören, aber eben nicht alle, entspricht es der Logik der Gesamtaussage, den Halbsatz „...sind auch Freude und Hoffnung der Jünger Christi“ im Sinn von Compassion, von Mit- Betroffenheit zu lesen.

Dieser Unterschied in der Deutung des programmatischen ersten Satzes von 'gaudium et spes' wird unübersehbar virulent in der diesbezüglich unterschiedlichen Praxis von Gemeinden und diakonischen Aktivitäten. Manchmal erscheint er 'himmel-weit', und zwar, wenn wir das Symbol 'Himmel' als Chiffre für den Maßstab orthopraktischer Unterscheidung verstehen, nämlich im Sinn der Frage des Schriftgelehrten: „Meister, was muss ich tun, um ewiges Leben zu haben?“ (Lk 10, 25) (in heutiger Sprache: was muss ich tun, um (auch und gerade) hier und heute 'Leben' zu gewinnen?)

Anhand von drei Beispielen will ich der Frage nachgehen, welchen Stellenwert Mit-Betroffenheit, Berührbarkeit, Compassion u.ä. in der gegenwärtigen Praxis der Christen haben und welche Chancen für unser Wachstum im Glauben die Programmatik von „gaudium et spes“ enthielte, wenn wir sie ergreifen würden.

1. Diakonie – die 'abgespaltene Nächstenliebe'

Das II. Vaticanum wurde von der lateinamerikanischen Kirche signifikant anders rezipiert als in Europa. Das betrifft nicht zuletzt 'gaudium et spes' und seine pastorale Programmatik. Die Präzisierung „insbesondere der Armen und Bedrängten aller Art“ enthält, rückblickend, in nuce bereits das, was die lateinamerikanischen Bischofssynoden von Medellín und Puebla als die „Option für die Armen“ formuliert haben. Diese Option

gilt mittlerweile nicht nur als der theologisch-normative Kern der Befreiungstheologie, sondern ist – ebenso wie der erste Satz von *gaudium et spes* – zu einer Art neuer Glaubensformel geworden, die, so gut wie unbestritten, von einem breiten Konsens getragen scheint, auch in Europa! Hier allerdings, im Unterschied zu

Lateinamerika, weitgehend folgenlos.

Im lateinamerikanischen Kontext wurde die „Option für die Armen“ nicht nur zur regulativen Norm kirchlicher Praxis, sie wurde in einzelnen nationalen Teilkirchen selbst politische Praxis, hier mehr, dort weniger augenfällig. Die Kirche stellte sich an die Seite des armen Volkes, dem sie seit der Epoche der Kolonisation als mächtige Komplizin der politischen Eliten gegenüber gestanden hatte. Diese Entscheidung

zeitigt bis heute gravierende Konsequenzen, hat sie zu einer „Ernstfall-Kirche“ werden lassen: als eine meiner wichtigsten Erfahrungen als Christ und Theologe erinnere ich, als den Höhepunkt meiner ersten Brasilienreise, das zeitnahe Erleben der öffentlichen Resonanz des Märtyrertodes eines jungen Priesters, den sie im Zusammenhang einer Landbesetzung ermordet hatten. Eine Kirche, in deren heutiger Realität das Martyrium allgegenwärtig ist, erschien mir als eine qualitativ andere Kirche als meine hiesige, die ich, im Kontrast dazu, als „Freizeit-Kirche“ erlebe, mit den Höhepunkten Weltjugendtag, „Markt der Möglichkeiten“ u.ä.

Für Befreiungstheologen wie C. Boff und G. Pixley ist die „Option für die Armen“ ein „neuer Name, eine moderne Bezeichnung für die altbekannte Caritas, die tätige Nächstenliebe“ (187, 133), freilich mit der wichtigen Präzisierung, dass „diese neue Form der Agape ... in der gesellschaftlichen Dimension der Caritas besteht oder im politischen Charakter der evangelischen Liebe“ (ebd.)

Die traditionelle europäische Caritas, von der sich diese neue Bestimmung abgrenzt, ist bis heute durch ein Merkmal geprägt, auf das die Kennzeichnung „Zweitstruktur“ hindeutet: seit den Anfängen, von denen bereits in der Apostelgeschichte berichtet wird, war die Nächstenliebe zunächst an die Diakone delegiert, später nahmen Mönche, Orden, reli-

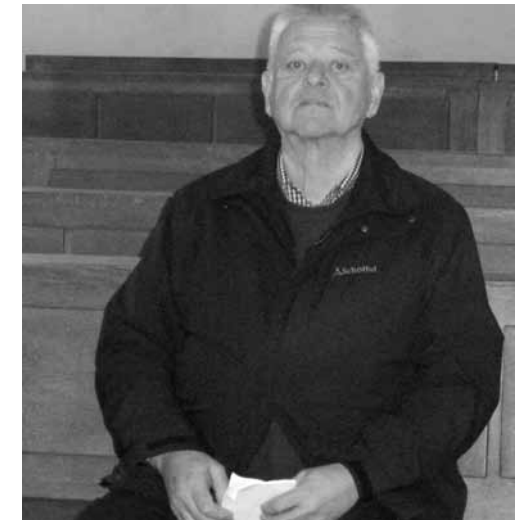
giöse Kongregationen u. ä. sie wahr, seit dem 19. Jahrhundert die großen 'Werke' der Diakonie und des Caritasverbandes.

Mit den Ambivalenzen der „Zweitstruktur“ kam ich bald nach dem Konzil, u.a. als Berater des Referats „Caritas und Pastoral“ in der Zentrale des Deutschen Caritas-Verbandes und als Mitglied der Sachkommission „Diakonie“ der Würzburger Synode in Berührung.

Die Entscheidung des Caritas-Verbandes, die Impulse des Konzils zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von Caritas und Pastoral aufzugreifen, führte in den 1970-er Jahren zur Gründung eines eigenen Referats, das die Jahrhunderte lange 'Arbeitsteilung' mit dem Ziel einer neuen Kooperation und Integration der drei kirchlichen bzw. gemeindlichen Grundfunktionen Liturgie, Verkündigung und Diakonie in Angriff nehmen sollte.

In dem folgenden jahrelangen Prozess, den ich als Berater und Supervisor begleiten durfte, wurden mir zwei gravierende Folgeprobleme jener 'Arbeitsteilung' deutlich: die

widerständige institutionelle Dynamik der 'Abspaltung', sowie der durch sie ausgelösten bzw. sie immer neu stabilisierenden Bewusstseinformen. Der psychoanalytische Begriff 'Abspaltung' trifft m. E. den Tatbestand deshalb besser, weil offensichtlich institutionell unbewusste Motive und Mechanismen im Spiel sind, die sich in den scheinbar rationalen Argumenten für jene 'Arbeitsteilung' spiegeln. Die in der deutschen Kirche singuläre institutionalisierte Caritas als Träger hunderter sozialer Einrichtungen (Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime, Kindergärten usw.) und gleichzeitig Arbeitgeberin von mehreren Hunderttausend Mit-



arbeitern gerät gegenwärtig – angesichts der Zwänge zu Ökonomisierung und Monetarisierung der Nächstenliebe – selbst in eine fundamentale Krise, nachdem er über die letzten Jahrzehnte die Krise der Volkskirche kaschieren half, insofern er als 'ihre' Caritas ihr Ansehen und Legitimität in der säkularen Gesellschaft sicherte.

Die mindestens ebenso folgenschwere Auswirkung der 'Abspaltung' betrifft die Praxis und die herrschenden Bewusstseinsformen in den Gemeinden. Sie ist geprägt durch eine Mentalität der 'Delegation': für die Armen, Schwachen, die Menschen mit Behinderungen, die Ausgegrenzten, für die „Armen und Bedrängten aller Art“ ist – so das Alltagsbewusstsein – die Caritas zuständig. Das 'entwöhnt' die Gemeindemitglieder schleichend des hautnahen Kontakts mit jenen. Es verhindert, dass sie sich deren „Trauer und Angst“ zu eigen machen, im Sinn der Mit-Betroffenheit und als Chance der Gottesbegegnung.

Meine persönliche Freude und Hoffnung, mit der ich – theologisch orientiert an J. Moltmanns Vision von einer „Diakonisierung der Gemeinde“ und einer ebenso notwendigen „Gemeindewerdung der Diakonie“ – über fast drei Jahrzehnte versucht habe, an der Einebnung des „garstigen Grabens“ theologisch und praktisch mitzuwirken, drohen in jüngster Zeit von Gefühlen der Trauer und Resignation überlagert zu werden. Der ungebrochene Beifall breiter gesellschaftlicher Kreise, den Caritas und Diakonie – im Unterschied zu den Kirchen – nach wie vor finden, kann mich wenig trösten, ebenso wenig wie bestimmte Tendenzen in der Kirche, die jetzt Caritas wieder auf ihre Fahne schreiben und einer „diakonischen Pastoral“ den Ausweg aus der Misere ihrer Pfarrgemeinden suchen, die sich in den letzten zwei Jahrzehnten im Grunde nur noch mit der Reorganisation ihrer territorialen Strukturen beschäftigt.

Wenn ich die hiesige Praxis der Diakonie im Spiegel der 'armen Kirchen' betrachte, nehme ich ihre Schatten deutlicher wahr.

Der Befreiungstheologie gilt die europäische Caritas als „assistentialistisch“. Das spielt zunächst auf das Merkmal des 'Gefälles' an: zwischen Reichen und Armen, Starken und Schwachen, Gesunden und Kranken. Pro-Solidarität (der Starken, Gesunden, Wohlhabenden) mit den Armen

und Schwachen) ist die Regel, Co-Solidarität (der vom gleichen Schicksal, von gleicher Not Betroffenen) die Ausnahme. Daneben aber zielt die implizite Kritik am Assistentialismus darauf, dass die Einebnung oder gar Beseitigung des Gefälles nicht zu seinen vorrangigen Zielen gehört. Ob auch hierzulande eine alternative Caritas-Praxis, nämlich politische Diakonie im Sinn der Befreiungstheologie, unter Berufung auf GS begründet werden kann, mag man bezweifeln. Jedenfalls zeigt die andere Wirkungsgeschichte des Konzils in bestimmten Regionen der Welt, dass die europäische jedenfalls nicht die einzig orthopraktische Weise seiner Interpretation darstellt.

2. Sozialpastoral – trojanisches Pferd der Befreiungstheologie in Europa?

Die von der Befreiungstheologie inspirierte Praxis der Sozialpastoral unterscheidet sich von der hiesigen durch zwei Momente, auf die das Suffix „Sozial“ hinweist:

- sie gewinnt ihren Denk- und Handlungsansatz bei gesellschaftlichen Problemen (Armut, Wohnungsnot, fehlende medizinische Versorgung usw.) und:
- sie stiftet Betroffene zu Solidarisierung und gemeinsamem Kampf für ihre Rechte an.

Meine Begeisterung für diese Praxis, mit der ich in Basisgemeinden und über punktuelle und temporäre Kontakte mit der Landpastoral in Berührung kam, nährt sich, ebenso wie die Begegnung mit der brasilianischen „Ernstfall-Kirche“, aus dem – auch emotional getönten – Kontrasterleben. Während mich, je länger ich sie reflektierend begleitete, die hiesige Kirchen-Wirklichkeit (auch einem vermeintlichen Ideal von Wissenschaftlichkeit verhaftet) buchstäblich 'kalt' ließ, desto mehr erwärmte mich, was ich dort erlebte. Was ich anfangs für eine déformation professionnelle des Theologen hielt, entpuppte sich plötzlich als die über einen ganzen Lebensabschnitt verdrängte Enttäuschung des Glaubenden an den kirchlichen Zuständen bzw. die Trägheit des in seinem Glauben angefochtenen Christen, der dafür 'die Kirche' haftbar machen wollte.

Was die Diskrepanz zwischen spontaner Zustimmung zu Idee und Konzept der Sozialpastoral und ihrer faktischen Akzeptanz in Deutschland betrifft, so gibt es verblüffende Parallelen zur Wirkungsgeschichte von „gaudium et spes“.

Meine Rückkehr von einem zweiten Forschungssemester in Brasilien, das ich dort zusammen mit Norbert Mette verbracht hatte, fiel in die Zeit der Vorbereitung des Kongresses der Konferenz der deutschsprachigen Pastoraltheologen, der 1993 in Leitershofen bei Augsburg stattfand. Dort sollte das (damals für viele Teilnehmer neue) Konzept der Sozialpastoral als eine Art Gegenentwurf zum seinerzeit schon bekannteren Modell der „Kooperativen Pastoral“ diskutiert werden. Wie bei derlei Kongressen üblich, hatte der Vorstand der Konferenz bereits vorab einen Textentwurf erarbeitet, der als Grundlage einer abschließenden Erklärung dienen sollte. Er nahm das vermutete Diskussionsergebnis in dem Sinne vorweg, dass er die „Kooperative Pastoral“ als Mehrheitskonzept favorisierte (was durchaus der Stimmung bei den meisten Teilnehmern entsprach) und der Sozialpastoral, durchaus 'wohlwollend', einen Minderheiten-Status zuwies.

Während des Kongresses formulierte eine kleine Gruppe von Kollegen, die so genannte „Fünferbande“ (Norbert Greinacher, Otmar Fuchs, Leo Karrer, Norbert Mette, Hermann Steinkamp) einen Gegenentwurf zum Schluss-Dokument, das später als „Leitershofener Erklärung“ bekannt werden sollte. Diese wurde – gegen alle Voraussagen und vorherigen Einschätzungen – mit überwältigender Mehrheit beschlossen: als eindeutiges Votum für die Sozialpastoral. Wer damals einen Siegeszug des neuen Paradigmas kirchlicher Praxis erhofft hatte, sah sich bald getäuscht. Das Konzept der „Kooperativen Pastoral“, schon damals eine Art 'Überbau' zu den Anfängen der bereits da und dort einsetzenden Reorganisation der parochialen Basis, gilt bis heute vielen Verantwortlichen als aktuelle Zielbeschreibung kirchlicher Praxis. Es dient auch dazu, dem seit geraumer Zeit forcierten Prozess, in dem flächendeckend in allen Bistümern ehemalige Gemeinden zu sogenannten 'Seelsorgeräumen' zusammengelegt werden, einen konzeptuellen Anstrich zu verleihen. Dass damit die geheime Tagesordnung dieses Prozesses verschleiert wird, nämlich die Verwaltung des dramatischen Priestermangel, wird den meisten

Akteuren vor lauter Betriebsamkeit in den „neuen Strukturen“ nur noch selten bewusst. Unabhängig davon, wie man die Reparaturarbeiten an den kirchlichen Strukturen bewerten mag, und unabhängig davon, ob jemand die hier vorgetragene Kritik an der Kooperativen Pastoral teilt: in jedem Fall gilt für beide, dass sie dem 'Instrument' (Kirche) gelten, nicht aber auf ihren Dienst am Reich Gottes ausgerichtet sind. Auch für diesen Tatbestand gilt die eingangs behauptete Diskrepanz zwischen der Zustimmung zu Reich-Gottes-Vision von GS 1 und ihrer Folgenlosigkeit in der Praxis. Weil dieses einzig theologisch begründbare Ziel aus dem Blick geraten ist, fehlt es an Orientierungen für ihre Pastoral – und die „Kooperative Pastoral“ gibt eben eine solche nicht! Die kirchliche Pastoral hierzulande mutet wie ein Schiff an, das steuerlos auf dem Meer treibt.

Als Hoffnungsschimmer allenfalls gilt manchem in dieser Situation das noch rudimentäre Konzept einer „Diakonischen Pastoral“, die den Versuch darstellt, innerhalb der neuen Seelsorgeräume diakonische Initiativen in den Vordergrund zu rücken, die Arbeit der Caritas stärker mit den Seelsorge-Initiativen zu verzahnen und so zumindest eine reduzierte Form von Sozialpastoral zu verwirklichen. Die zunehmende Zahl von Tagungen, Konferenzen und Fortbildungen zum Thema „Diakonische Pastoral“ entwickelt die verräterische Tendenz, diese als einen anderen Begriff für „Sozialpastoral“ zu behaupten. In Wirklichkeit ist Sozialpastoral im Sinne einer befreiungstheologisch inspirierten Praxis in der hiesigen Kirche nicht gewollt.

Sie hätte nämlich eine fundamentale Voraussetzung: „Umkehr in der Metropole“ hat der schwedische Theologen Per Frostin sie bereits vor 20 Jahren benannt. Sie sei die einzig authentische Weise der Adaption der Befreiungstheologie in Europa. Ihre strukturelle Voraussetzung wäre eine Pastoral, in der das Gegenüber von Helfern und Hilfsbedürftigen, von Starken und Schwachen, Betroffenen und Zuschauern, von Anbietern und Konsumenten von 'Religion' aufgehoben würden.

Auch die Grenzen übrigens zwischen solchen, die – qua Taufschein und Kirchen-Steuernummer – dazu gehören und denen 'draußen'. Diese Qualität einer vom Compassion-Gedanken inspirierten Spiritualität ist mit den 'geheimen Tagesordnungen' der Mitgliedschaftskirche unvereinbar!

Die Verantwortlichen des herrschenden Kirchensystems spüren sehr genau, dass eine von der Befreiungstheologie inspirierte Pastoral in diesem etablierten Gefüge so etwas wie ein 'trojanisches Pferd' werden könnte, Einfallstor für eine von den Götzen des Kapitals befreiende Glaubenspraxis. Und da sei Gott vor!

3. Gemeinde – und die Alternativen

Zurück blickend wird mir deutlicher, dass und weshalb meine Erfahrungen mit gruppenspezifischer Praxis sich in meinen Konzepten und Visionen von Gemeinde spiegeln. Inzwischen habe ich mich mit dem 'Argument' meiner Blauäugigkeit und

Realitätsferne so weit auseinander gesetzt, dass ich mich wieder getraue, meine Gemeinde-Träume – die ich nicht unter die Alternative „Kirchen-träume“ vs. „Reich-Gottes-Träume“ vereinnahmen lassen möchte! – noch einmal öffentlich zu benennen.

In einer meiner ersten Publikationen zum Thema habe ich eine Typologie von Gemeinde-Konzepten entwickelt, die drei Prototypen unterscheidet. Dieser Typologie liegt die bekannte gruppenspezifische Struktur-Prozess-Matrix zugrunde, die – auch unter ekklesiologischen Kriterien – natürlich die Basisgemeinde favorisiert. Und in der Tat galt auch mein vorrangiges Interesse als Pastoraltheologe den Basisgemeinden, deren Erkundung 'vor Ort' mein erstes Forschungssemester in Brasilien dienen sollte. Dessen spontan benannte Erfahrungen und Einsichten habe ich, kurz nach meiner Rückkehr, beim Münsteraner Kongress zum Thema „Lateinamerika und Europa im Dialog“ (1987) vorgetragen und zu der These zugespitzt, dass die Pfarrei (d.h. ihre Ideologie, ihre geheimen Tagesordnungen usw.) Gemeinde verhindert. Die zeitweise heftigen Diskussionen darüber konzentrierten sich so sehr auf die implizite Kritik der Pfarrei (die gerade erst durch die Würzburger Synode zur 'lebendigen', 'aktiven' usw. „Pfarr-Gemeinde“ hoch-gelobt, d.h. überaus positiv konnotiert worden war), dass demgegenüber die zweite, mir mindestens ebenso wichtige These wenig Resonanz erzeugte: dass nämlich die anfängliche Faszination, die die Basisgemeinden hierzulande auslöste, deren Eigenart gleichsam 'halbierte': die Sehnsucht nach einer lebendigen

„Gemeinschaft“ (im Sinne der *communio*-Idee) wurde auf eben diesen Aspekt der Basisgemeinden projiziert, sie galt aber nicht deren Praxis des politischen Kampfes, ihrer politischen Diakonie. Dass es trotz vieler Anstrengungen nicht gelang, in die hiesigen Kirche Basisgemeinden zu 'importieren', hing u. a. hiermit zusammen: das eine scheint ohne das andere 'nicht zu haben' zu sein.

Meine Erfahrungen mit gruppenspezifischen Seminaren, in denen ich bis heute verschiedenen Facetten der Suche nach einer verbindlichen Gemeinschaft begegne, lassen sich nicht mit dem bekannten Argument aus dem Weg räumen, in der „Gesellschaft der Individuen“ (N. Elias) seien die „Ichlinge“ nicht mehr zu solche Art Verbindlichkeit fähig, obwohl sie diese gleichzeitig ersehnen. Ein Blick in die ständig wachsende Selbsthilfegruppen-Szene scheint mir jedenfalls das Argument zu

widerlegen. Dort teilen Menschen gemeinsame Schicksale (z. B. unheilbarer Krankheiten), Betroffenheiten (z. B. von Ausgrenzung und Stigmatisierung) und Notlagen (z. B. Obdachlosigkeit) und dabei entsteht – eher beiläufig, als dass sie als solche intendiert wäre – eine Qualität von Verbundenheit, wie sie in Basisgemeinden anzutreffen ist. Diese Beobachtung könnte nicht nur einen Hinweis darauf geben, wo deren hiesige Äquivalente zu suchen sind, sondern noch einen anderen: welche Chancen für christliche Gemeinden darin bestünden, wenn sie – statt sich immer mehr zu Freizeitagenturen zu entwickeln – zu Orten würden, wo „Einer des anderen Last trägt“, Orte wechselseitiger Sorge und Hilfe zur Selbstsorge, von denen der Philosoph Wilhelm Schmid behauptet, sie seien der Kern der Utopie einer künftigen Gesellschaft.

4. Vergewisserung

Ein erstes Zwischenfazit – die Praxis der volksspezifischen Pfarr-Gemeinde und hiesiger erster Geh- und Fehlversuche der Sozialpastoral gleichermaßen betreffend – lautet: Mit-Betroffenheit von „Freuden, Hoffnungen und Ängsten...“ wird nicht zum „Programm“ der hiesigen Kirche und der hiesigen Praxis des Großteils ihrer Mitglieder. Wie wäre das – als offenkundige Diskrepanz zur anhaltend emphatischen

Zustimmung zu GS 1 – praktisch-theologisch zu verstehen? Natürlich könnte man auch für Christen die gängigen Argumente ins Feld führen, weshalb heute Solidarität zu einem knappen Gut wird, frühere Netze nicht mehr tragen, die Ellenbogen-Gesellschaft immer mehr „Ichlinge“ hervorbringt usw. Aber was macht dann den Glauben der Christen aus, deren Nächstenliebe-Gebot sie doch unterscheiden sollte? Und – ich versuche es möglichst ohne Ressentiment zu sagen – vielleicht lesen ja die meisten Christen „gaudium et spes“ anders als ich, als Ausdruck ihres Lebensgefühls guter Zeitgenossenschaft mit allen Menschen guten Willens.

Meine Deutung, trotzig aufrecht erhalten, führt an dieser Stelle zu der Frage, ob Christen sich vielleicht deshalb nicht betreffen lassen – jedenfalls nicht mehr als andere – weil es ihnen zwar nicht an Compassion (Berührbarkeit) mangelt, sondern weil sie die Konsequenzen scheuen, die sich daraus ergäben, wenn sie sich anrühren ließen.

Ich versuche seit einigen Jahren, die Frage schärfer zu formulieren, auch theologisch. So wie mir zum Verstehen des geheimnisvollen Zusammenhangs von Gottes- und Nächstenliebe die Samariter-Perikope immer wieder neue theologische Perspektiven eröffnet, so auch in diesem Fall: ich bin überzeugt, dass es heutige Parallelen zur damaligen Funktion der Kultgesetze gibt. „Er sah ihn und ging vorüber“ (Lk 10, 31-33): das behauptet nicht, dass der Priester und er Levit besonders hartherzige Zeitgenossen gewesen seien, das weist nicht auf ein moralisches Defizit der Priester-Kaste und der Leviten hin. Diese wären, hätten sei den Überfallenen berührt, für ihren Dienst im Tempel unrein geworden. Sie haben – indem sie vorüber gingen – ‘richtig’ gehandelt, haben sich ‘rollenkonform’ verhalten. Aber da wirft die Erzählung die nächste Frage auf: wozu dienen denn Kultgesetze, wenn sie uns daran hindern, unseren spontanen menschlichen Impulsen zu folgen und einem Notleidenden beizustehen?

Offenbar sind da – auch heute – Widerstände im Spiel, Berührungsängste, denen solche Vorschriften ganz gelegen kommen: ich muss oder darf gar nicht zupacken! Das entlastet manchen ja auch, zumal denjenigen, der nicht gewohnt ist, spontan in Gewalt-Situationen einzuschreiten, Ver-

wundete zu berühren. Könnte es sein, dass auch heute solche ‘Gesetze’, solche Plausibilitäten im Spiel sind, wenn es darum ginge, zu handeln, wenn uns das Not und Leid anderer anrührten?

Die Plausibilität etwa, dass für jede Notlage zuständige Experten gibt: Unfallwagen und Sanitäter für die Opfer auf der Strasse, das Wohnungsamt für die Obdachlosen, die Caritas, die ‘Tafeln’, neuerdings, für diejenigen, denen die Lebensmittel knapp werden. ‘Kultgesetze’ solcher Art könnten heute freilich noch eine ganz andere Funktion erfüllen: als Entlastung von der Überforderung durch den Anruf der unzähligen, täglich neuen Opfer! Das, jedenfalls, wäre wiederum plausibel. Es erscheint psychologisch überaus verständlich, dass heutige Menschen sich vor einer Überflutung mit Hilfebedürftigkeit schützen, wie sie uns in den allabendlichen Nachrichten von Katastrophen in aller Welt erreichen, oft begleitet von Hinweisen auf Spendenkonten.

Wem – so fragen sich auch berührbare und hilfsbereite Menschen – wem alles soll ich denn noch helfen? Wenn es doch der kirchlichen Verkündigung, dem Religionsunterricht und der Katechese gelänge, auch diese Weisheit der Samariter-Erzählung den Menschen zu vermitteln: dass wir nicht allen und jedem, nicht jedwedem Notleidenden beistehen müssen, dass dies unsere menschlichen Kräfte schlicht überfordert.. Jesu Umformulierung der (‘ethischen’) Frage des Schriftgelehrten („Wer ist denn mein Nächster“? Lk. 10,29) in eine ‘Glaubensfrage’ („Wer ... scheint dir der Nächste des Mannes gewesen zu sein, der unter die Räuber gefallen war“? Lk 10,36) lese ich jedenfalls in diesem Sinn: als Entlastung von der gefürchteten Überforderung, die viele Menschen bereits davon abhält, hinzuschauen und sich anrühren zu lassen.

In einem Seminar für Mitarbeiter in der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika bin ich vor einigen Jahren auf die Fährte dieser Deutung gestoßen. Nachdem wir die Samariter-Geschichte (unter dem Aspekt einer Compassion-Spiritualität) erkundet hatten, sagten viele von ihnen, dass sie diese ‘Entlastung’ als eine spirituelle Ressource zu begreifen beginnen, die sie vor der permanenten Überflutung durch das tägliche Elend so schützen könnte, dass sie sich ihm wieder hoffnungsvoller aussetzen würden.

‘Berührbarkeit’, die spirituelle Dimension von Compassion, bedarf wie diese nicht nur der dauernden Einübung, sondern stellt auch eine ihrer vielen Facetten dar, die zu entdecken und von Generation zu Generation zu vermitteln Aufgabe der Gemeinde ist.

Prof. em. Hermann Steinkamp ist Pastoralpsychologe, Pastoralsoziologe und Religionspädagoge in Münster

Veronika Hüning

Unsere Zukunft – sicher ohne Nazis!



Diese Parole lag mir auf der Zunge, als ich von dem geplanten Nazi-Aufmarsch in Münster hörte. Die Sympathisanten der rechten Szene in der Region Westmünsterland bis ins Ruhrgebiet sollten zum Schulterschluss mit dem Häuflein Münsteraner Neonazis gelockt werden durch so positiv besetzte Begriffe wie „Zukunft“ und „Sicherheit“ und den radikalen Ruf: „Raus aus NATO und EU!“ – „Keinen Meter den Nazis!“, lautete die

Antwort und die kam von einem sehr breiten Bündnis demokratischer und antifaschistischer Gruppen und Organisationen.

Um es gleich zu sagen: Pax christi war dabei – mit etwa 20 Personen, so vielen wie bei keiner öffentlichen Demonstration in der letzten Zeit, zu der die SprecherInnengruppe aufgerufen hatte!

Und wir waren gut sichtbar, durch zwei Transparente, mit denen wir es sogar kurz auf die erste Seite der „kirchensite“ und in den Bericht der „Westfälischen Nachrichten“ geschafft haben, ebenso wie mit meinem Halstuch, bedruckt mit bunten Händen und den treffenden Aussagen: „Miteinander leben“ und „Nein zu Gewalt und Rassismus“.

Ein Blick zurück:

Pax christi – entschieden gewaltfrei

Unsere christliche Friedensbewegung muss im Widerstand gegen die Rechtsextremen dabei sein – das stand für Ernst Dertmann, unseren Friedensarbeiter, und mich sofort fest. Doch wie und wo können wir

am besten mitwirken? Die ersten Informationen fließen nur zäh und unsere Internet-Recherche fördert einen „Aktionskonsens“ zutage, in dem wir ein ganz eindeutiges Bekenntnis der Gegendemonstranten zur Gewaltfreiheit vermissen.



Kundgebung erscheinen wir dort: „Pax christi – engagiert – solidarisch – gewaltfrei.“

Über das pax-christi-Mitglied Horst Wiechers vom Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ und die Katholische Studierenden- und Hochschulgemeinde erfahren wir von dem Vorhaben, in unmittelbarer Nähe der Synagoge eine Kundgebung zu veranstalten; Motto: „Münster für Mitmenschlichkeit“. Das passt (zu) uns!

Noch gibt es Reibungsverluste bei der Vorbereitung: Wir erfahren vom Termin der zuständigen Arbeitsgruppe nur durch Zufall; die Initiatorin, die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, lädt ihren Flurnachbarn am Breul nicht zur Sitzung hinzu. Buchstäblich in letzter Minute schaffen wir es, mit unserem Logo und unserem Leitspruch auf die Plakate und Flyer zu kommen. Als zwölfte Mitträgerin der

Pax christi – solidarisch mit der jüdischen Gemeinde

Am Morgen des 3. März sind Ernst und ich die Ersten, die in der Promenade auf der Höhe der Synagoge eintreffen. Noch Zeit für einen Kaffee, denn es ist überraschend kühl. Nach und nach treffen die Demonstranten ein, jüngere und ältere. Der erste, mit dem ich ins Gespräch komme, ist Moslem. „Ich bin eigentlich nicht politisch“, sagt er, „aber gegen die fremdenfeindlichen Rechten, da wollte ich mitmachen.“ Wir freuen uns über viele bekannte Gesichter, aus Coesfeld, Münster, Senden, Havixbeck, Sendenhorst, Dinslaken etc. Besonders schön, dass sich auch Bischof Ostermann und später Bischof Zekorn sehen lassen!



Ernst zeigt großes Standvermögen beim Halten unseres Banners. Ich bekomme von einer Mitveranstalterin ein Plakat um den Hals gehängt, mit den Logos und Leitsprüchen aller Träger der Aktion, und darf mit aufs Gruppenfoto.

Die Atmosphäre ist und bleibt angenehm und entspannt – keine dummen Sprüche, keine Störungen. Jeweils zur vollen Stunde sprechen zwei Personen zu den Versammelten: Herr Schumacher von der christlich-jüdischen Gesellschaft und Christoph Spieker von der Villa Ten Hompel, Horst Wiechers, der auch bei „Spuren finden“ mitwirkt, und ein Vertreter der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Sharon Fehr, der Vorsitzende der jüdischen Kultusgemeinde Münster und zuletzt Frau Laqueur von der Evangelischen Studierendengemeinde. Aber da ist die Batterie der Mikrofonanlage schon leer...

Alle sind sich einig: Wir haben aus der deutschen Geschichte gelernt – nie wieder Diskriminierung von Minderheiten, nie wieder menschenverachtende Ideologien, nie wieder nationalistische Selbstüberhöhung! Alle sprechen sich für eine Kultur der Toleranz, des Dialogs und des Friedens aus, immer wieder unterbrochen vom Applaus der Menge. Wie viele sind wir insgesamt? 100 schätze ich beim ersten Blick in die Runde;

150 bis 200 meint die Polizei; 300 schreibt die Zeitung. Also sagen wir 400! So wurde gezählt.

Zwischen den Redebeiträgen gibt es – reichlich lange – Pausen, die aber Gelegenheit zu Begegnungen und zum Plaudern bieten. Ich kann z.B. schon mal meine Fühler ausstrecken in Richtung eines Projektes „Pädagogik nach Auschwitz“.

Die jüdische Gemeinde zeigt sich als sehr gastfreundlich und spendiert Kaffee und Honigkuchen. Ein Höhepunkt der Veranstaltung ist nicht nur für mich das Singen hebräischer Lieder mit dem Kantor der Gemeinde.

Pax christi – auch weiterhin engagiert

Für mich war es ein starkes und erfreuliches Erlebnis, dass und wie wir am 3. März in Münster Flagge gezeigt haben. Michael Rösch, Mitglied der pax christi-Hochschulgruppe, gehörte zu den Blockierern im Rumphorst-Viertel. Er stellte im Nachhinein die Frage, ob pax christi nicht dort-



hin gehöre, „wo es brennt“. Dieser Gedanke verdient noch eine gründliche Aussprache, ebenso wie die Überlegung, ob nicht Ignorieren eine sinnvolle „Aktion“ wäre.

Ich denke, wir standen an einem guten

Platz, an *einem* der richtigen Orte, denn wir konnten uns solidarisch zeigen mit der jüdischen Gemeinde. Und vermutlich war die Beteiligung auch deshalb so groß, weil niemand eine beängstigende „Feindberührung“ befürchten musste.

Ein Blick in die Zukunft:

Hoffentlich ist den Nazis der Spaß an Aufmärschen in Münster vergangen. Und wenn nicht, müssen wir wieder Gesicht zeigen, ein Teil unserer

Bewegung evtl. auch „von Angesicht zu Angesicht widerstehen“. Die Beteiligung an solchen Aktionen zivilen Ungehorsams wie Sitzblockaden muss jede/r für sich entscheiden und gewaltfreie Aktionen brauchen meines Erachtens ein vorbereitendes Training. Vielleicht findet sich mal eine Gruppe in pax christi, die sich das vornimmt?



Noch etwas gilt es für unser zukünftiges Engagement zu lernen: Wir sollten in Netzwerken verankert sein, damit die Informationen zügig und glatt fließen und Ad-hoc-Zusammenschlüsse erleichtert werden. Beim Ahauser Netzwerk „Schöpfungsverant-

wortung“ haben wir es – dank Manfred Laumann aus Ahaus und Michael Deggerich aus Stadtlohn – im Anschluss an die Tschernobyl-Ausstellung 2011 bereits geschafft. Die zwölf Organisationen vom 3. März wären auch ein gutes Bündnis, wo immer es gegen Rechts geht. Einige könnten vielleicht als Partner gewonnen werden, wenn wir die Idee eines „Triologs“ und eines „Abrahamsfestes“ in Münster weiter verfolgen wollen.

Ich bin dafür!

Veronika Hüning ist Geistliche Beirätin der PAX CHRISTI Bistumsstelle Münster und Lehrerin für Religion und Deutsch

Fotos: Andreas Determann, Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit

Michael Rösch

Keinen Meter den Nazis...

Unter diesem Motto fand sich in Münster ein breites Bündnis von über 130 Organisationen zusammen, um dem Aufmarsch von Neonazis am 03.03.2012 entgegenzutreten. PAX CHRISTI Münster reihte sich



in den bunten Zusammenschluss aus gewerkschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und religiösen Gruppen, antifaschistischen Initiativen und politischen Parteien ein. Es galt ein deutliches Zeichen gegen den Rechtsextremismus zu setzen.

Eher kurzfristig entstand die Idee, am Vorabend der Demo ein Politisches Nachtgebet in dem vom Aufmarsch der Nazis betroffenen Wohngebiet Rumphorst zu organisieren. Ungefähr eine Woche vor der Nazi-Demo stand nach einigen Gesprächen

fest, dass die Ortsgruppe des Befreiungstheologischen Netzwerkes zusammen mit der PAX CHRISTI-Hochschulgruppe, dem Institut für Theologie und Politik, der evangelischen Erlöser-Kirchengemeinde und der katholischen Pfarrei St. Franziskus am Freitagabend um 21 Uhr eine Andacht veranstalten würde. So wurden an den Tagen zuvor noch Flugblätter für das Nachtgebet u.a. in dem Münsteraner Stadtviertel verteilt.

Viele waren der Einladung gefolgt, so dass die Thomas Morus Kirche mit ca. 200 Leuten gut gefüllt war. Zu Beginn des Wortgottesdienstes wurde auf den Hintergrund des Beisammenseins eingegangen. Das Politische Nachtgebet sollte zusammen mit der Gegendemonstration am nächsten Tag gesehen werden; ganz im Sinne von Frère Rogers Denken von „Kampf und Kontemplation“. Der aktive gewaltfreie Protest gegen eine antidemokratische rassistische Einstellung hat sein Fundament im Gebet und anders herum.

Es wurden neben Gebeten und Liedern, die von der Jugendgruppe der Pfarrei begleitet wurden, auch verschiedene Texte vorgetragen. Nach den Gedanken über aktuelle Taten von Rechtsextremen in der Bundesrepublik wurden Worte von Dorothee Sölle zum zivilen Widerstand verlesen. So sind Sitzblockaden ein effektives Mittel, seinen Unmut gegen Unrecht deutlich kund zu tun und in diesem Fall dem Aufzug von Neonazis entschieden entgegen zu treten. Nach der Schriftlesung der Seligpreisungen hatten die Gottesdienstbesucher die Möglichkeit, selbst zu Wort zu kommen. Gerade die Frage „Was würde Jesus tun?“ beschäftigte viele.



Im Anschluss an das Politische Nachtgebet konnte man sich noch bei Tee austauschen.

Das gesamte Wochenende über war die Thomas Morus Kirche ein wichtiger Anlaufpunkt der Gegendemonstranten. Insbesondere Pastoralreferent Andreas Rehm hatte daran maßgeblichen Anteil.

Am frühen Samstagmorgen trafen sich verschiedene Leute zunächst vor der Thomas Morus Kirche, so auch unsere Gruppe unter dem Motto „Christen gegen Faschismus“. Zeitgleich fand vor der Synagoge an der Promenade eine Solidaritätskundgebung statt, die ebenfalls Mitglieder von pax christi unterstützten.

Am frühen Vormittag versuchte bereits die Polizei das Wohnviertel Rumphorst hermetisch abzuriegeln. In den Tagen zuvor hatte Polizeipräsident Hubert Wimber zum einen versucht, den legitimen zivilen Widerstand zu kriminalisieren und vor Blockaden gewarnt, und zum anderen aber machte er Zugeständnisse an die Anwohner. Diese wurden jedoch kurzer Hand über Bord geworfen. So dass selbst Anwohnern und deren Gästen, welche sich auf Gästelisten bei der Polizei angemeldet hatten, der Zugang

in das Wohnviertel verweigert wurde. Einige wenige hatten das Glück, die Posten der Polizei hinter sich lassen zu können. Doch von Bewegungsfreiheit konnte in dem „Sperrgebiet“ keine Rede sein. Wer sich auf der Straße und selbst in Gärten der Anwohner zu mehreren versammelt hatte, wurde von den Staatsdienern des Platzes verwiesen. Dies erfolgte in Einzelfällen auch mit Androhung von physischer Gewalt.

Die Anwohner des Hagenfeldes und anderer angrenzender Straßen waren von Anbeginn starke Unterstützer der Gegendemonstration und hatten Gäste in ihre Häuser eingeladen, um einer frühzeitigen Räumung von Nichtanwohnern durch die Polizei aus dem Weg zu gehen. Selbst ausgewiesenen Journalisten wurde in einzelnen Bereichen des Wohngebietes der Zugang verwehrt.

Durch den Einsatz von Straßensperrungen, Pfefferspray und der Drohkulisse von Wasserwerfern war es der Polizei gelungen, das Wohnviertel fast menschenleer erscheinen zu lassen. Über 7000 Menschen waren zu den Kundgebungen entlang der Naziroute gekommen. Jedoch wurden die Bürgerinnen und Bürger auf Distanz gehalten. Lediglich zwei kleinere Blockaden versuchten dem Demonstrationszug der Neonazis deutlich entgegen zu treten. Aufgrund der geringen Anzahl der Gegendemonstranten vor Ort waren die 311 Nazis gefühlt fast in der Übermacht. Der Demonstrationszug wurde an den Blockaden vorbeigeführt, wobei einige Nazis Gegendemonstranten ansprachen und



fotografierten. Leider lief der Demonstrationszug, der zur Verkündung seiner menschenverachtenden Anschauungen immer wieder unterwegs anhielt, viel zu viele Meter an diesem Tag.

Am Abend fand noch spontan vor dem Münsteraner Hauptbahnhof eine Demonstration gegen Polizeigewalt statt. Dort und in den darauf folgenden Tagen wurde das harte Vorgehen scharf kritisiert. Die Verhaftung der Bundestagsabgeordneten Remmers und ein von der Polizei schwerverletzter 20jähriger, welcher vermutlich eine Flasche geworfen hatte,

waren unschöne Indizien des teilweise maßlosen Vorgehens.



So verwundert es nicht, dass die Lokalzeitungen in den darauf folgenden Tagen gefüllt mit Leserbriefen waren, welche die Strategie der Polizei hinterfragten. Nach einem offenen Brief der Anwohner stellten sich

Polizeipräsident Wimber und Einsatzleiter Schieferbein in der voll besetzten Thomas Morus Kirche den Fragen. Beide zeigten Verständnis und kritisierten in Einzelfällen das Vorgehen mancher Beamter, dennoch verteidigten sie das Konzept der Räumung des Wohngebietes und blieben einige Antworten schuldig.

Der bunte und vielschichtige Protest von über 7000 Leuten war ein großer Erfolg und macht Hoffnung für die Zukunft. Ebenso ermuntern das starke Engagement der Anwohner und das Verständnis von einigen Beamten vor Ort zum Weitermachen gegen Rechtsextremismus.

Dennoch bleiben bis zuletzt auch für uns und unsere Bewegung viele Fragen offen. Wie können wir auch zukünftig rechtsextremen Tendenzen effektiv entgegenwirken? Wie können wir Formen des zivilen Ungehorsams stärken und so ein deutliches Zeichen gegen Unrecht setzen? Wie reagieren wir auf ungerechtfertigtes Vorgehen von Seiten der Polizei? Wie

können wir uns gegen eine Kriminalisierung von gewaltfreiem Protest wehren? Die erfolgreiche Blockade des Aufmarsches der Neonazis in Dresden ist Ansporn, an der Sache dran zu bleiben.

Die Gedanken von Dietrich Bonhoeffer, welche auch bei dem Politischen Nachtgebet vorgetragen wurden, haben dabei nichts an ihrer Aktualität eingebüßt:

„Daran entscheidet sich heute Gewaltiges, ob wir Christen Kraft genug haben, der Welt zu bezeugen, daß wir keine Träumer und Wolkenwandler sind. Daß wir nicht die Dinge kommen und gehen lassen, wie sie nun einmal sind. Daß unser Glaube wirklich nicht das Opium ist, das uns zufrieden sein läßt inmitten einer ungerechten Welt. Sondern daß wir, gerade weil wir trachten nach dem, was droben ist, nur umso hartnäckiger und zielbewusster protestieren auf dieser Erde.“²

Michael Rösch leitet die PAX CHRISTI Hochschulgruppe Münster und ist Mitglied im Präsidium von PAX CHRISTI

2 Dietrich Bonhoeffer, Predigt zu Kol 3, 1-4 vom 19.6.1932

PAX CHRISTI
Bistumsstelle Münster

An den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Herrn Bischof Robert Zollitsch Freiburg

Wasser als Menschenrecht und öffentliches Gut

am 2. Oktober 2011

Sehr geehrter Herr Bischof Zollitsch,

verschiedene Bistumsstellen von pax christi, der internationalen katholischen Friedensbewegung, beschäftigen sich seit einiger Zeit mit der „Ökumenischen Erklärung zum Wasser als Menschenrecht und öffentliches Gut“. Die Träger der betreffenden Kampagne wollen erreichen, dass diese Rechte in einer UN-Charta verankert werden. Der Text der Erklärung liegt unserem Schreiben bei.

Wir möchten gern die Deutsche Bischofskonferenz auf das Anliegen aufmerksam machen und für seine Unterstützung gewinnen.

- Aus unserer Sicht ist der Zustand der Ungerechtigkeit nicht hinnehmbar: Viele Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, mit verheerenden Folgen.
- Durch global agierende Industriekonzerne schreitet die Verseuchung von Flüssen und anderen Süßgewässern fort.
- Firmen erhalten Konzessionen, die eine Ableitung und kostenlose Nutzung von Flusswasser einschließen, während Einheimischen unter Strafandrohung eben dieses Wasser vorenthalten wird, das sie jahrzehntelang schöpfen konnten.

- Durch Privatisierung und Profitstreben internationaler Wasser-Konzerne wird Wasser zunehmend zur Ware und so für Ärmere unbezahlbar.

All diese Tatsachen sind belegbar, u.a. durch das katholische Hilfswerk MISEREOR.

Wasser ist ein Menschenrecht und ein öffentliches Gut! Für uns Christen ist es „Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens“, wie es in den Materialien zur Gestaltung der Ökumenischen Schöpfungszeit 2011 heißt.

Wir bitten Sie:

Bringen Sie das Thema „Wasserrechte“ in die Deutsche Bischofskonferenz ein! Diese könnte die o.a. Erklärung unterzeichnen und sie gegenüber dem Bundestag und der Bundesregierung sowie den europäischen und internationalen Gremien vertreten. Mit freundlichen Grüßen

Für die Bistumsstelle Münster

Veronika Hüning

Geistliche Beirätin

DEUTSCHE BISCHOFSKONFERENZ SEKRETARIAT

Bereich Kirche und Gesellschaft

Pax Christi
Bistumsstelle Münster
Breul 23
48143 Münster

Bonn am 22.12.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 2. Oktober 2011, in dem Sie auf die Ökumenische Erklärung zum Wasser als Menschenrecht und öffentliches Gut aufmerksam machen.

Kardinal Marx hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Die katholische Kirche hat, wie Sie sicher wissen, bereits mehrfach auf diese Problematik hin ein Bewusstsein gefordert, das „die Ernährung und den Zugang zu Wasser als allgemeine Rechte aller Menschen“ betrachtet (CV Nr. 27). Darüber hinaus hat er auch auf die schweren Konflikte unter der betroffenen Bevölkerung hingewiesen, die durch das Aufkaufen von Wasser hervorgerufen werden (CV Nr. 51). Dabei geht es ihm nicht nur um die Verantwortung für die Schöpfung, sondern vor allem um den Schutz der Menschen vor Selbstzerstörung. Auch die deutschen Bischöfe haben mit der Veröffentlichung des Expertentextes „Der Klimawandel: Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit“ das Konfliktpotenzial der Wasserversorgung (Klimawandel Nr. 3;30) und die Auswirkungen des Klimawandels auf das Trinkwasservorkommen (ebd. Nr. 39) dargelegt.

Insofern teilen die Bischöfe und auch Kardinal Marx Ihr Anliegen und unterstützen es auf vielfache Weise, etwas durch Veröffentlichungen von Stellungnahmen, aber auch in zahlreichen Gesprächen mit Verantwortlichen aus Politik und Gesellschaft.

Für Ihr Engagement in dieser Sache darf ich Ihnen auch im Namen von Kardinal Marx herzlichen Dank aussprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dagmar Nelleßen-Strauch

Albert Horstmann

Leserbrief

Guten Tag, lieber Ernst,

Du kennst mich sicher nicht, weil ich als Pax-Christi-Mitglied eher im Hintergrund bleibe, Du bist mir dagegen inzwischen sehr bekannt, zumal heute nach 2 Tagen PC-Korrespondenz-Lektüre und sonst durch Politische Nachtgebete, Deine Berichte,

Warum schreibe ich Dir?

Erstens: Ich möchte, gerade vom Lesen Deines Berichts über das deutsch-polnische Jugendtreffen im vergangenen Sommer aufgestanden, Dir einfach nur sagen: spannend, Dein Bericht! Ich kann die gewissen Probleme, aber auch die berührend-schönen Begegnungen mit „der polnischen Seite“ alle sehr gut nachvollziehen aufgrund meiner eigenen Erfahrungen mit 3 Schulpartnerschaftsprojekten unseres Anne-Frank-Berufskollegs in Münster (wo ich Lehrer bin für Religion und Erziehungswissenschaft). Das Schweigen der Schüler/innen, das manchmal doppelbödig wirkende Verhalten der Lehrer/innen, die organisatorischen Unwägbarkeiten, ... haben wir ähnlich erlebt und oft darüber nachgedacht, was eigentlich dahinterstecken könnte. Ich möchte jetzt nicht im einzelnen unsere Gedanken dazu darstellen, nur Dir signalisieren, wie gut ich Deine Andeutungen nachvollziehen kann ... ohne dadurch in Zweifel zu geraten, wie schön und wichtig solche Begegnungen immer wieder sind!

Einen dieser Punkte möchte ich doch kurz ansprechen: bei unseren Besuchen in Lublin war es immer ein Problem, den Besuch der Gedenkstätte Majdanek als Selbstverständlichkeit im Programm, das die polnischen Gastgeber organisierten, verankert zu sehen. Aber auch hier keine vertiefenden Reflexionen an dieser Stelle. Für mich ist das immer einer der interessanten Punkte gewesen, an dem bei mir wirkliches Lernen stattfindet: Woher diese Unterschiedlichkeit? Sehr vielschichtige

Hypothesen haben wir, die deutschen Teilnehmer/innen, dazu jeweils aufgestellt ... mit aller Vorsicht.

Ein zweiter Grund meines Schreibens: Ich lese, dass Du für die Besuche in Auschwitz u.a. Psalmen-Texte zusammengestellt hast, die von Jugendlichen dort vorgetragen wurden. Psalmen gehören auch für mich zum „Ergreifendsten“ (buchstäblich) in der Bibel. In unserer Nienberger St.-Sebastian-Gemeinde bereiten wir im Lektorenkreis gerade eine „Nacht der Psalmen“ (im Herbst) vor. Ich selbst habe mir schon vorher mal diese vielschichtigen Gebete auf besondere Art erschlossen, damit ich schneller fündig werde, wenn ich mal einen passenden Psalm zu einer Gelegenheit suche. Vielleicht kannst Du ja auch damit etwas anfangen. Ich schicke Dir die Datei im Anhang. - Meine Frage: kannst Du mir Deine Psalmen- (und Gedichte?) - Auswahl für den PC-Jugendaustausch zukommen lassen? Nicht für einen speziellen Zweck, einfach nur als Bereicherung meiner eigenen Auseinandersetzung, vielleicht auch für meinen Religionsunterricht, die Nienberger Psalmen-Nacht, ... ? - Wenn das aus irgendwelchen Gründen schwierig sein sollte, ist das natürlich kein Problem für mich.

Am Schluss: nach 2 Tagen PC-Korrespondenz-Lektüre stelle ich wieder mal fest, wie froh ich bin, dass Du und viele andere eine solch intensive, politische, „fromme“, praktische, aufbauende Arbeit leisten ... von der ich an vielen Stellen „profitieren“ kann.

Lieber Ernst, ich erwarte von Dir keine ausführliche Antwort, Deine Zeit ist kostbar genug, Du hast mir ja schon Vieles mitgeteilt durch Deine Texte, Aktionen, ...

Danke!

Herzlicher Gruß!

Albert Horstmann

Albert Horstmann ist Mitglied der PAX CHRISTI-Gruppe Münster-Nienberge

Heinrich Kruse

Leserbrief

März 2012

Engagement von Pax Christi in der Anti-Atom Bewegung.

Bei einem Punkt in den Aktivitäten von Pax Christi tue ich mich schwer ihn als „Arbeitsfeld“ zu akzeptieren.

Ich verstehe natürlich, dass es für jeden Verband / Verein oft schwierig ist die Arbeitsfelder abzugrenzen. Der Punkt „Anti-Atom Aktivitäten“ ist aber ein Punkt, der nach meiner Überzeugung keine Kernaufgabe von PC ist.

Aus meiner Sicht wird hier PC benutzt um eine persönliche politische Meinung des Vorstandes zu vertreten.

Der Einsatz gegen Atomwaffen ist eine Kernaufgabe von PC, nicht aber die Endlagerung von Atommüll.

Das Thema Atomwaffen ist immer noch aktuell (Iran, Nordkorea und die „alten Atommächte“). Hier hört man aber nichts von PC. Die Anti-Atom Aktivitäten in Bezug auf Lagerung von Atommüll sind reiner Populismus!

Auch das Argument im Rahmen der „Bewahrung der Schöpfung“ müsste dieses Thema bearbeitet werden ist schwach. Oder darf ich im Namen von Pax Christi und der „Bewahrung der Schöpfung“ mich auch gegen den Bau von Windkraftanlagen engagieren?

Hintergrund ist, dass in Voerde 2 WKA in unmittelbarer Nähe zu einem Vogelschutz- / Naturschutzgebiet gebaut werden sollen. Der Kreis Wesel hat das Bauvorhaben aus Vogelschutzgründen abgelehnt, der Investor (!) klagt jetzt gegen diesen ablehnenden Bescheid. Investoren von WKA

machen bis zu 25% Rendite (wie das Ziel der Deutschen Bank) bei ihren Projekten. Es geht also um viel Geld!

Außerdem gibt es in der Nähe von Wesel ein weiteres WKA Projekt gegen das die NABU aus den gleichen Gründen (Vogelschutz) klagt.

Wenn der Vorstand mir erlaubt, dass ich mich im Namen von PC gegen diese Projekte engagieren kann, würde es mir leichter fallen auch den Einsatz gegen die Lagerung von Atommüll zu akzeptieren.

Heinrich Kruse leitet die PAX CHRISTI-Gruppe Voerde

TERMINE

6. Juni 2012

Die PAX CHRISTI-Gruppe Coesfeld lädt ein:

„Rüstungsexport und Waffenhandel“ mit dem Referenten Josef Roberg (Bistumsstelle Köln)

Beginn: 20 h

Ort: voraussichtlich Jakobi-Pfarrheim zu Coesfeld

23. Juni 2012

Politisches Mittagsgebet der PAX CHRISTI Bistumsstelle Münster in Gorleben

Abfahrt 7.30 h in Münster

Anmeldungen im Büro

3. September 2012

Die PAX CHRISTI-Gruppe Coesfeld lädt ein:

„Stoppt den Waffenhandel“ mit der Referentin Christine Hoffmann (Generalsekretärin von PAX CHRISTI)

Beginn: 20 h

Ort: voraussichtlich Jakobi-Pfarrheim zu Coesfeld

29. September 2012

Diözesanversammlung in Münster

(Ausschreibung erfolgt in der nächsten Ausgabe)

18.- 21. 10. 2012

Konziliare Versammlung »Zeichen der Zeit – Hoffnung und Widerstand«



50 Jahre nach Beginn des II. Vatikanischen Konzils (1962-1965)

Am 11. Oktober 2012 jährt sich der Beginn des II. Vatikanischen Konzils zum 50. Mal. Aus diesem Anlass werden kirchliche Reformgruppen die Konziliare Versammlung „Zeichen der Zeit – Hoffnung und Widerstand“ veranstalten. Wir sind Kirche hat den Aufruf des Münsteraner Instituts für Theologie und Politik zu dieser Konziliaren Versammlung mitunterzeichnet und ist von Anfang an an der Planung und Durchführung beteiligt. Wegen der Mitgestaltung dieses Kongresses wird es keine eigene Wir sind Kirche-Bundesversammlung im Herbst 2012 geben.

Die Konziliare Versammlung wird vom 18. bis 21. Oktober 2012 in Frankfurt, Saalbau Gallus, stattfinden. Mit vielen ChristInnen in anderen Ländern und Kontinenten werden wir so an den 50. Jahrestag der Eröffnung des II. Vatikanischen Konzils erinnern. Damit leiten wir eine Phase öffentlicher Konzilserinnerung bis 2015 ein. Wir wollen anknüpfen an die Aufbrüche, die vor fünfzig Jahren die katholischen und protestantischen Kirchen in Bewegung versetzten. Wir wollen uns und den Menschen, mit denen wir heute leben, „Rechenschaft geben von der Hoffnung, die in uns ist“ (1 Petr 3,15). Wir laden ein, sich an der Vorbereitung und Gestaltung der Versammlung zu beteiligen: mit Ideen, Themen, eigenen Beiträgen, workshops oder Aktionen.

Vorläufiges Programm:

Do 18.10. abends: Eröffnungsveranstaltung: „Das Ereignis des II. Vatikanischen Konzils“ (mit ZeitzeugInnen, Ton- und Bilddokumenten)

Fr 19.10. vor- und nachmittags: Themengruppen, Projekte etc.
abends: gemeinsame Veranstaltung

Sa 20.10. vor- und nachmittags: Themengruppen, Projekte etc.
abends: gemeinsame Veranstaltung

So 21.10. vormittags: gemeinsame Schlussveranstaltung

26.-28. Oktober 2012

Delegiertenversammlung in Fulda

12. Januar 2013

Friedensgottesdienst in der Gastkirche zu Recklinghausen

Beginn: 16 h

Mit anschließendem Zusammensein im Gasthaus

19. Januar 2013

PAX CHRISTI Studientag der Region östliches Münsterland

Freckenhorst

18.- 22. Februar 2013

PAX CHRISTI-Exerzitien (mit Schweigen)

Leitung Pfr. em., Bernhard Lübbering

Beginn: am 18.2. um 16 h

Ort: Gertrudenstift Rheine-Bentlage

(Die Teilnehmerzahl ist auf 20 begrenzt)

Anmeldungen im Büro

**Zwei DVDs zu Papst Johannes XXIII.
und zweites Vazikanisches Konzil**
an denen unser Friedensmitarbeiter
Ernst Dertmann mitgewirkt hat

DVD 1: Papst Johannes XXIII Der christliche Papst

Inhalt:

1. Sotto il Monte (Geburtsort von Johannes XXIII)
2. Interview mit Erzbischof Loris F. Capovilla (Privatsekretär von Johannes XXIII.)
3. Bergamo (Bischofsseminar, das den jungen Roncalli prägte)
4. Der christliche Papst (Text von Hannah Arendt)

**DVD 2 : Papst Johannes XXIII Neuer Wein in neue
Schläuche**

Inhalt:

1. Habemus Papam
2. Bischof Luigi Bettazzi
 - Papst Johannes XXIII
 - Kopernikanische Wende in der Kirche
 - Die kleinen Bischöfe
 - Katakombenpakt
 - Ängste und Gegenbewegungen
 - Kollegialität
3. Pater Arturo Paoli (Biografie)
 - Zeuge einer anderen Kirche
 - Charles de Foucauld
4. Pater Arturo Paoli (Kirche Lateinamerikas)
 - Johannes XXIII und der Geist des Konzils
 - Johannes Paul II und die Kehrtwende des Konzils
 - Kirche Lateinamerikas nach dem Konzil

Jede DVD 10 €

Bestellungen (Telefon, mail oder Brief) an:

Verbo Filmes-D GmbH
Wittoverstiege 68a
48161 Münster
E-Mail: Info@konzilsvaeter.de
Tel. 02534 65060

Ansprechpartner:
Conrad Berning
Brigitte Schulte-Walter

GEDANKEN

GEDANKEN

Eine franziskanische Segnung:

*Gott segne uns mit Unbehagen
bei zu einfachen Antworten,
mit halben Wahrheiten
und oberflächlichen Beziehungen,
damit wir tief mit unsern Herzen leben.*

*Mag Gott uns mit Wut
gegen Ungerechtigkeit, Unterdrückung
und Ausgenützt-werden segnen.*

*Mag Gott uns mit Tränen segnen,
damit wir uns um jene kümmern,
die unter Schmerzen, Ablehnung,
Hungersnot und Krieg leiden
und ihnen unsere Hände reichen,*

*um sie zu trösten
und ihren Schmerz in Freude zu verwandeln.*

*Und mag Gott uns
mit genügend Dummheit segnen,
um zu glauben,
dass wir einen Unterschied
in dieser Welt machen können,
dass wir etwas tun können,
von dem andere behaupten,
sie könnten es nicht tun.*

*Und mag der Segen
des Gottes Abrahams und Sarahs und Jesu,
der in Bethlehem
von unserer Schwester Maria geboren wurde,
und des Heiligen Geistes,
der wie eine Mutter
über ihren Kindern über der Welt wacht
- allewege mit uns sein und bleiben. Amen.*

(dt. Gerhilde Merz und Ellen Rohlfs)